INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Nr. 153

27. Juni 1991

SOLIDARITÄT MIT DEN FLÜCHTLINGEN

Keine Abschiebung von Flüchtlingen

Ab 1.Juli Zehntausende Flüchtlinge von Abschiebung bedroht

GEGEN RASSISMUS - KEINE ABSCHIEBUNGEN!

INFORMATIONSVERANSTALTUNG 28.6. 19.00 UHR

Passionskirche, Marheineckeplatz (U-Bahn Gneisenaustr.)

- Aktuelle Infos zu den Aktionen von Flüchtlingen in Paris
- Drohende Abschiebungen in Berlin
- Diskussion

Hallo !

Wie ihr seht hat diese Nummer den Berlin-Bezug fast völlig verloren. Das liegt nicht an einem neuen Konzept , sondern an der Leere des Briefkastens.

Besonders gefreut haben wir uns aber über das kritische Papier zur "Briefbombenaktion". Auch wir finden es total notwendig , eine genauere Auseinandersetzung über "unsere" Aktionsformen, -mittel und auch -ziele zu führen. Es kann jetzt nicht darum gehen zu spekulieren, ob diese Aktion gegen Klein von GenossInnen durchgeführt oder nur benutzt wurde. Wir halten es prinzipell für falsch bei "unseren" Aktionsformen die Gefährdung unbeteiligter Personen zu riskieren. Bei Briefbomben von einer 100% Sicherheit zu sprechen, daß eine vorzeitige Detonierung ausgeschlossen ist , ist zynisch. Denn wer sagt euch, daß der Adressat auch wirklich die Post selbst öffnet und nicht zufällig schom im Postamt aufgerissen wird. Bekanntermaßen werden Briefbomben auch häufig von der ETA benutzt und in diesem Zusammenhang gab es schon häufig Fehlschläge. Desweiteren sehen wir auch einen Unterschied jemand zu töten oder "nur" zu verletzen. Dieses "kleine" Mißgeschick von euch, mit der Gewalt des Umstrukturierers zu legitimieren, bleibt fatal. War Pech ?! Wir denken,daß wir gerade in der"Linken", sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Zukunft immer genau mit Gewalt und unseren Aktionsformen umgehen sollten. Liquidierung von Personen gehört normalerweise nicht dazu. Das kann auch nicht die Perspektive im Kampf gegen Umstrukturierung sein. Wir hoffen auf eine lebhafte und solidarische Auseinandersetzung, an der sich hoffentlich auch die SchreiberInnen des "Bekennerbriefes" beteiligen.

Außerdem haben wir ein Papier zu Kämpfen in der SU, das zu einer breiteren Auseinandersetzung beitragen soll.

In dem Interview, das wir aus der "Agitare Bene" geklaut haben, beschreibt eine philippinische Guerillera ihre Situation in einer männerdominierten Befreiungsbewegung. Ein spannender Text im Zusammenhang mit Ingrid Strobls Buch "Sag nie...".

Das Papier "Stellungnahme zum 1.Mai 91 " haben wir mit der Hoffnung abgedruckt, daß die Berliner Szene nochmal zu dem Thema an den Schreibtisch kommt. Wir haben aber auch einige Schwierigkeiten mit dem Papier und können mit euren "berlinspezifischen metropolenarroganz" überhaupt nichts anfangen. Ihr müßt mal als "Auswärtige" von eurer Berlinfixiertheit runterkommen. Ihr kritisiert die fehlenden Kommunikationsstrukturen von und nach Berlin,aber sagt euch denn, daß der 1.Mai in Berlin ein Autonomen-Happening werden soll mit bundesweiter Mobilisierung.Wir sind auch nicht der Nabel der Welt. Anstatt auf ein autonomes Schaulaufen in Berlin zu blicken, könntet ihr auch in euren Städten ansetzen und eigene Initiativen starten, wie es in einigen anderen Städten durch unabhängige 1.-Mai-Demos praktiziert wird. Was allerdings ansteht, ist eine Auseinandersetzung über das Verhältnis zu Jugendgangs sowohl bei riots als auch darüber hinaus.

Was uns in dieser Nummer fehlt, sind Überlegungen zur Verhinderung der ab nächster Woche möglichen Abschiebungen. Die Palette unserer Eingriffsmöglichkeiten sollte über die Blockade der Abfertigungsschalter hinausgehen.

Ordner:

Interview mit Munuel Donoso (Chile)
Hausbesetzung u. Soliaktion zum Hafen (Trier)
Pädophile als Vergewaltiger?!
Demo gegen Abschiebungen (Paderborn)
Protokoll Häusertage HH, Bielefeld

Inhalt:

3 Briefbomben
4 SU
8 Syrien-Veranstaltung u.a.
9 Frauen in der NPA
14 Antiterrorgesetz Türkei
18 Buttersäure
19 Volkssport
20 Gerry MC Geogh
22 egin
24 1. Mai
27 Caravane
28 Camp bei Aichach
29 Wagenburg
Fußball

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Briefbomben als Aktionsform linker Gruppen?

Dies ist alles geschrieben unter der Voraussetzung, daß die Erklärung zum Tod von Hanno Klein von den gleichen Menschen geschrieben wurde, die auch die Briefbombe gebaut haben, und daß die Erklärung die politische Ansicht derer ausdrückt. Also das ganze eine Aktion von GenossInnen war.

Nachdem ich ja schon gehofft hatte, den Anschlag unter der Rubrik, "die Baumafia killt ihre fähigsten Köpfe selbst" einordnen zu können, erschien dann Montag eine dazugehörige Erklärung, die mich ziemlich entsetzte. Ihr schreibt darin, daß es nicht eure Absicht gewesen wäre, Klein zu töten. Daß es anders gekommen ist als ihr euch gedacht hattet, scheint euch wenig Probleme zu bereiten. Immerhin, habt ihr nicht jemand für ein paar Wochen ins Krankenhaus befördert, sondern ihn umgebracht. Das ist für mich schon ein erheblicher Unterschied. Mit einigen Floskeln (Das Recht auf physische Unversehrtheit ... verspielt) versucht ihr, alles als ganz klar darzustellen. Daß es keiner Diskussion darüber bedarf, welche Auswirkungen es hat, in der jetzigen Situation Menschen, wie Klein umzubringen. Kein Wort darüber, ob es eure politische Einschätzung ergeben hat, daß es auch richtig ist, wenn er bei eurer Aktion umkommt. Es scheint, ihr habt diesen Gedanken vorher nicht mal in Erwägung gezogen, daß bei solchen Aktionen nicht immer alles so klappt wie man/ frau sich das so vorstellt. Zu schreiben, daß ein vorzeitiges Detonieren 100% ausgeschlossen war, klingt für mich, wie der reine Hohn. Es stimmt nämlich nicht. Auch, wenn ihr euch noch solche Mühe gebt, gibt es immer noch Situationen, die ihr nicht mit einplanen könnt, aber über die ihr euch trotzdem Gedanken machen müßt. (Schon mal was von Restrisiko gehört, das selbst AKW-Betreiber einräumen?)

Ihr schreibt, nur für die Person, die den Brief öffnete, bestand ernsthafte Gefahr. Ihr hattet Glück, es hat derjenige den Brief geöffnet, den ihr treffen wolltet. Was, wenn "seine Lebensgefährtin" nachgeschaut hätte, was in dem Päckchen drin ist. Was, wenn das Ding, das fast nicht durch den Briefschlitz ging, wieder an den Absender zurück gesandt worden wäre, und da jemand die Bombe die Arme abgefetzt hätte? U.s.w.. Alles Fälle, die ihr meiner Meinung nach nicht bedacht haben könnt. Sonst hättet ihr dieses Mittel nicht gewählt. Oder ist euch das genauso wurscht, wie daß Klein jetzt tot ist?

Mir ist vollkommen unerklärlich , wie ihr überhaupt darauf kommt so ein Teil zu benutzen. In welchen Diskussionen steckt ihr? Bisher gab es meinens Wissens keine linken Anschläge mit Briefbomben, die Menschen verletzen sollten in der BRD, Westberlin und DDR. Und auch aus guten Gründen. Es gab Diskussionen darüber, ob es richtig ist, Bombendrohungen (nicht wirklich Bomben legen) für Veranstaltungen von Rechten ein angemessenes Mittel sind, um dies zu verhindern. Eben weil es Ängste bei vielen auslöst, die nicht gemeint sind. Es soll nicht rüberkommen: Es kann jedeN treffen. Sondern genau das Gegenteil: Nur die Schweine (wobei die "Grenzen zwischen Mensch und Schwein" ja schwierig festzulegen ist.) müssen um ihre Gesundheit und ihren Besitz fürchten. Das einzige was es in dieser Richtung gab, waren die versuchten Brandanschläge auf zwei Banken mit Hilfe von Brandsätzen, die als Briefe direkt eingeworfen worden waren. Sie sind nicht rechtzeitig und erst in den Händen von Bankangestellten hochgegangen, weil sie mit Säure-Zündern ausgestattet waren, die einfach zu ungenau arbeiten. Und das wurde nach der Aktion auch öffentlich diskutiert. Müßtet ihr eigentlich mitbekommen haben, falls ihr nicht erst seit gestern ihn Berlin wohnt.

Zu eurem letzten Satz (Unsere Ungenauigkeit dort, wo wir die immense Druckwelle...) noch was am Rande: Also so immens kann die Druckwelle nicht gewesen sein. Wer sich die Fotos aus der Tagespresse ein bißchen interessiert angeschaut hat, hat festgestellt, daß die Scheiben noch ganz waren und das Tischchen nicht mal 'ne Beule hatte, geschweige denn zusammengeklappt wäre.

Ich könnte ja gut verstehen, wenn ihr nach allem ziemlich durch den Wind seid, und es ist dann sicher auch erstmal richtig, für die bürgerliche Presse eine Erklärung zuschreiben, die auf die eigenen Schwierigkeiten nicht eingeht. Für interne Diskussionen, die ihr aus verständlichen Gründen nicht persönlich führen könnt, müßt ihr dann aber schon etwas genauer werden. Ich hoffe, daß das über diese Zeitung möglich ist.

Bis denne!

Unsere Diskussion zu den Kämpfen in der Sowjetunion ist an dem Punkt angelangt, wo jede Beschäftigung mit Klassenkampf landen muss, wenn sie nur auf Quellen aus "zweiter Hand" (Bürgerliche Zeitungen, Bücher, Reportagen) zurückgreifen kann: eine endgültige Einschätzung traut sich GenossIn nicht zu. Was die SU betrifft gehen wir davon aus, dass dort im Moment eine Vorrevolutionäre Situation herrscht. Aber von unserem Informationsstand aus die entscheidende Frage zu beantworten wäre etwas vermessen, auch wenn wir dazu im Folgenden eine These aufstellen: geht die Arbeiterklasse gerade daran, sich als Arbeiterklasse abzuschaffen oder organisiert sie gerade ihre Verwertung neu.

Über das folgende Thesenpapier würden wir gerne in eine breitere Diskussion einsteigen. Wir denken, dass eine ganze Reihe von Leuten an diesem Thema sitzt, bestimmt auch mit präziseren Informationen, als sie uns zur Verfügung stehen. Das Thesenpapier könnte der Auftakt für eine breitere Diskussion zum Klassenkampf in der SU sein. Schreibt uns, wenn ihr Lust habt, euch mit uns zu diesem Thema zusammenzusetzen, oder schickt uns Material.

Thesen zu den Kämpfen in der Sowjetunion

1.Es gibt keine Produktivkraftentwicklung ohne Bewegung der Arbeiterklasse. Ihre Kämpfe entwickeln nicht nur das Kapital sondern auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Die sozialistische Planwirtschaft war der weitreichendste Versuch einer herrschenden Klasse, sich vor der Initiative der Arbeiterklasse zu schützen. Jede Initiative des/der einzelnen ArbeiterIn sollte am Arbeitsplatz bereits in einen Plan "eingeschlossen" werden, bevor daraus eine kollektive Klasseninitiative werden könnte.

Seit den ZwangsarbeiterInnenkämpfen in den Fünfziger Jahren nutzte die Arbeiterklasse die Mechanismen des Plans zur passiven Arbeitsverweigerung bis hin zur totalen Blockade jeglicher Produktivitätssteigerung ende der Siebziger Jahre. Die herrschende Klasse hat zu diesem Zeitpunkt praktisch die Kontrolle über die Produktionsmittel verloren.

Den in Streiks und Aufständen formulierten Forderungen der Arbeiterklasse kann die herrschende Klasse in der SU nicht nachgeben, da dies die "Bereitschaft" der Arbeiterklasse vorraussetzt, das was sie fordert auch zu produzieren/dem Schwarzmarkt nicht mehr zuzuführen. Diese "Bereitschaft" existiert nicht. Die herrschende Klasse hat keine andere Wahl als gegen die Offensive der Arbeiterklasse frontal vorzugehen, auch wenn sie damit Gefahr läuft, von der Arbeiterklasse einfach ausgelöscht zu werden.

2) Nachdem die Durchsetzung von mehr Arbeitsproduktivität anfang der Achtziger erstmal gescheitert schien, griffen Antropow und Gorbatschow auf eine erneute Ausdehnung der Arbeitskraft in der Industrie zurück: Schaffung eines "freien Proletariates" in Mittelasien, Rekrutierung weiterer Industriearbeiter aus der Verwaltung. Der Angriff in den Betrieben beschränkte sich auf die Verschärfung des Zwangs, seine Zeit in der Fabrik zuzubringen (gegen Blaumachen, Krankfeiern und Alkohol). Effekt: je schärfer die Repression desto niedriger die Arbeitsproduktivität. In Mittelasien musste die Rekrutierung von ProletarierInnen für die Fabrik nach einer Reihe von Aufständen abgebrochen werden.

Ab Mitte der Achtziger nahmen ArbeiterInnenkämpfe wie Kämpfe im sozialen Bereich, (Hausbesetzungen, Plünderungen, "Jugendriots") zu. Zu den anhaltenden Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren Versorgung kamen Forderungen nach Investitionen in die Umwelt, sowie sämtliche Bereiche des Lebens hinzu.

Der Kampf gegen den Krieg in Afghanistan beendete den Imperialismus der SU "nach aussen", der herrschenden Klasse war klar geworden, dass sie keinen Krieg ausserhalb der SU gegen die Arbeiterklasse mehr durchsetzen konnte. Somit war auch die militärische Disziplinierung der aufstehenden Arbeiterklasse in Osteuropa unmöglich geworden.

3. Die Perestroika zielte nicht auf die Einführung von "freier Marktwirtschaft", damit würde sich die herrschende Klasse in der SU selbst auflösen. Sie zielt auf "Marktmechanismen" zur Stabilisierung des Staatshaushalts sowie auf die Einführung eines Geldsystems. Über diese Schienen versucht sich der Apparat das Kommando über die Verwertung zurückzuholen. Die Angriffe in dieser Richtung blieben aber bis heute nur "formal", das heisst auf der Ebene von Abschöpfen von Löhnen/Einkommen der Klasse. Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse ist bis heute unangetastet geblieben.

Im Gegensatz zu vorrangegangenen Reformversuchen setzt die Perestroika beim Subjekt der Verwertung, den ArbeiterInnen an. Bisherige Reformen waren administrative/direktive Massnahmen z.B. Umstrukturierung der Leitungsfunktionen. Zwar kommen sämtliche Planzahlen von oben, tatsächlich haben die Planungsbehörden keinen Schimmer, wie und was produziert wird, geschweige denn, was produziert werden könnte. Die Planerfüllungsvorgaben werden so indirekt von den ArbeiterInnen aufgestellt. Dies liegt auch daran, dass die gesamte Betriebshierarchie vom Meister bis zum Direktor praktisch den selben Prämienkennziffern unterliegt wie die ArbeiterInnen. Es ist für sie also uninteressant, nach dem "Wissen" der ArbeiterInnen zu bohren und sie zu Mehrarbeit anzutreiben. Die Hauptursache, dass praktisch alle Versuche seit den Sechziger Jahren, die Arbeit zu intensivieren gescheitert sind, liegt in den Strukturen der ArbeiterInnen, die diese in ihren Kämpfen seit den Sechzigern hervorgebracht haben.

Kern der Perestroika ab '87 war eine Art Betriebsdemokratie, Planung und Leitung wurden gelockert, um die ArbeiterInnen "in Verantwortung einzubinden". Auch diese Massnahmen blieben oberflächlich:

- von Seiten der ArbeiterInnen kam zwar jede Menge "Kritik" (sprich Protest) an den Arbeitsbedingungen, aber keinerlei Bereitschaft "mitanzupacken".

- dem Staat fehlte das Geld für Investitionen, von einem zur "Demokratie" gehörenden Sozialstaat ganz zu schweigen.

- Der Staat konnte den Betrieben wie eigentlich gedacht keine grösseren Spielräume bei der Verwendung ihrer Gewinne lassen, da er die Gewinne zur Deckung des seit Ende der Achtziger Jahre steigenden Haushaltsdefizits brauchte. In die Höhe wurde dies durch steigende Löhne und Sozialausgaben getrieben.

Die "Betriebsdemokratie" blieb nur formal, beispielsweise als Wahl der gesamten Hierarchie vom Meister bis zum Direktor durch die ArbeiterInnen und sie wird auch bereits wieder zurückgenommen, da die ArbeiterInnen sie für sich benutzen.

Die am weitesten gehende Lockerung in der Leitung bezog sich auf die Lohngestaltung. Hier wurde den Betrieben '87 mit der Intention, "effektivere Löhne" durchzusetzen freie Hand gelassen. Tatsächlich führte die "Lohngestaltung" der Betriebe dazu, dass die ArbeiterInnen seit dieser Zeit die Löhne immens in die Höhe trieben, im ersten Quartal '89 beispielsweise bereits um den Betrag, der für den ganzen Fünfjahresplan vorgesehen war. In die Höhe wurden die Löhne durch Massenfluktuation bei hoher Arbeitskräfteknappheit und durch zunehmende Streikaktivitäten in der Rohstoffproduktion, der Schwerindustrie und der Landwirtschaft getrieben. Nachdem die Betriebe die Löhne nicht kontrollieren konnten, nahm ihnen die Staatsbank das Verfügungsrecht über die Lohnfonds im Februar '91 wieder ab.

Was auch scheiterte waren Versuche ab '87, Prämienlöhne nicht mehr undifferenziert an den Betrieb zu zahlen, sondern an ausgewählte Abteilungen, denen man damit Produktivitätssteigerungen antrug. Selbst gegen diese "ausgewählten Kollektive" war keine Steigerung der Arbeitsproduktivität durchzusetzen.

4.Auf die Inflationierung der Lohnerhöhungen reagierte die Arbeiterklasse mit der weitgehenden "Abschaffung" des Rubel zugunsten des Tauschhandels. Umgekehrt wird in der Produktion für den Schwarzmarkt wesentlich intensiver gearbeitet als dies der Staat jemals durchsetzen konnte. Diese höhere Produktivität versuchte der Staat auszubauen, indem er '88 grosse Teile der Schattenwirtschaft legalisierte. Damit wurden mehrere Ziele verfolgt:

- Kopplung tatsächlicher Produktionssteigerungen an reales Geld, ein grosser Teil der Bezahlung im Schwarzmarkt läuft über Devisen.

- Lohnerhöhungen für die in Kooperativen (Privatwirtschaft) Tätigen, gebunden an Mehrarbeit (Bau und Industrie).

- Abschöpfung der Lohnerhöhungen im staatlichen Sektor durch die hohen Preise im privaten Einzelhandel. Über Zinserhöhungen versuchte die Staatsbank die Kooperativeinnahmen zurückfliessen zu lassen

- Die Kooperativen sollten der Klassenspaltung dienen, Produktivitätssteigerungen als Motor für selbige auch im staatlichen Sektor. Eine Art "Sog" sollte entstehen, "gutes Geld für gute Arbeit".

Mit Preiserhöhungen hatte der Staat mehrmals versucht, die gestiegenen Löhne abzuschöpfen. Nach Massenaufständen musste er sie jedesmal wieder zurücknehmen. Die Lebensmittelverknappung kam dem Staat gelegen, teilweise forcierte er sie sogar noch. Dadurch waren die ArbeiterInnen gezwungen, mit ihren gestiegenen Löhnen in den teuren Kooperativen einzukaufen. Die Hauptursache für die Lebensmittelverknappung sind die gestiegenen Löhne/Kaufkraft der Arbeiterklasse, der eine viel weniger gestiegene Produktivität gegenübersteht. Hauptsächlich betroffen von dieser Verknappung sind StudentInnen, RentnerInnen, kinderreiche Familien und Teile der Angestellten. Denn das Problem ist nicht, dass es nichts mehr zu kaufen gibt, es gibt "alles", nur ist es zu teuer. Die ArbeiterInnen werden zum Teil über die Betriebe versorgt, ein Teil des Lohnes wird in Lebensmitteln ausgezahlt. Bei den Streiks werden wieder vermehrt Geldforderungen gestellt, denn auch am Polarkreis gibt es alles zu haben, nur das Geld dafür muss her.

An mehreren Punkten scheiterten die Kooperativen:

- Die ArbeiterInnen orientieren sich vermehrt mit ihren Lohnforderungen an den Kooperativpreisen, die Kooperativen vermochten die Löhne nicht "abzuschöpfen".

- Der Run auf die Kooperativen fand nicht statt, drei Viertel der bei ihnen Beschäftigten sind Techniker und ehemalige Angestellte aus der mittleren Ebene der Bürokratie.

- Die Produktivität in den Staatsbetrieben blieb unberührt, der Anteil der Privaten an der Gesamtproduktion verschwindend gering.

- ArbeiterInnen auf dem Land und in der Stadt griffen die Kooperativen als Preistreiber wie als Arbeitgeber massiv an.

Durchsetzen konnte der Staat aber, dass sich die ArbeiterInnenforderungen wieder vermehrt in Geld ausdrücken. Das aber war die Vorraussetzung für den Angriff auf die Löhne durch Währungsschnitt, Preisreform und Devisengesetze im Frühjahr '91.

Insgesamt wurde mit der Schattenwirtschaft die Arbeit verschärft, hauptsächliche Gewinner sind einige wenige "Organisatoren". Dennoch schufen sich in der Schattenwirtschaft Teile von Arbeiterklasse/Proletariat Bereiche unkontrollierter Reproduktion, die die Strategie des Staates zur Einführung von Geld blockieren.

5. Die sozialen Kämpfe seit der Krise ab '88 bewegten sich teilweise in vom Staat vorgegebenen Spaltungslinien, den sogenannten "Nationalitätenkonflikte".

- In Mittelasien drückten diese Kämpfe die Verteidigung von Bereichen unkontrollierter Reproduktion aus, die mit der Perestroika angegriffen wurden. Sie richteten sich gegen die vermeintlichen "Gewinnler" der Perestroika, z.B. Kleinhändler.

- Sie liefen als "Eroberungen von Privilegien" wie Wohnungen, Bauland oder Wasservorräten, die die Zentralregierung Mitgliedern anderer Nationalitäten zugedacht hatte. Andere Spaltungen, z.B. zwischen Frauen und Männern wurde in diesen Kämpfen noch verfestigt.

- Sie richteten sich gegen eine bestimmte Nationalität, aus der sich Arbeitgeber/Halsabschneider rekrutierten (Kasachstan) oder Teile der Fabrikhierarchie (Aserbeidschan).

- Im Baltikum und Moldava streikten unter Stalin angesiedelte "getreue Belegschaften" gegen Umstrukturierungspläne von Reformern/Nationalisten, um ihre vom Staat garantierte Versorgung zu sichern.

- Im Baltikum waren, wie in Kommunalparlamenten anderer Republiken Demokraten/Nationalisten an die Regierung gekommen. Die Arbeiterklasse erhoffte sich von deren Wahl eine (sofortige) Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen ohne irgendwelche "Opfer" oder Krisenzeiten. Diese "Loyalität" zerbricht aber sofort, wenn die neuen Regierungen beispielsweise versuchen, wie in Litauen anfang '91, die Preise zu erhöhen. Unmittelbar nach der Ankündigung der Preiserhöhungen stürmten tausende Menschen aus Litauen, der RSFSR, Polen und der Ukraine das Parlament in Vilnius. Da gab es keine "Nationen" mehr, und die Preiserhöhung wurde sofort zurückgenommen.

6.Mit ihren Kämpfen seit den fünfziger Jahren hatten die BergarbeiterInnen "Hochlöhne" Innerhalb der Arbeiterklasse in der SU durchgesetzt. Gleichzeitig war die Versorgung der Bergbauregionen bis anfang der Achtziger relativ gut. Vor zehn Jahren wurde mit der Substitution von Kohle durch Erdöl und -gas begonnen. Die kampfstarken Belegschaften wurden aber nicht angetastet, es gab keine Zechenschliessungen. Es wurde fortan auf Halde produziert und der Apparat versuchte die Produktionskosten durch Drosselung der Versorgung der Bergbauregionen zu senken (Investitionen wie Konsum). Aus Protest gegen die immer beschissener werdenden Arbeits- und Lebensbedingungen drosselten die BergarbeiterInnen landesweit ab '88 die Produktion, eine stumpfe Waffe, angesichts von 11 Millionen Tonnen auf Halde liegender Kohle. '88/'anfang 89 kam es bereits zu einigen dutzend Streiks und Grubenbesetzungen für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und

eine bessere Versorgung. Als die von der Zentralregierung gemachten Zusagen bis Juli '89 nicht eingelöst waren, begannen im Kusnezkbecken (Kusbas) 180.000 BergarbeiterInnen mit einem unbefristeten Streik, dem sich 140.000 kusnezker FabrikarbeiterInnen anschlossen. Sodann weitete sich der Streik auf den Polarkreis, Rostow/Don, den Südural, Kasachstan, andere Gebiete Sibiriens und die Ukraine aus.

Bis zu dem Landesweiten Streik waren die Kämpfe, seit den Sechziger Jahren zwar auf Betriebe und Regionen begrenzt, aber einzig von ArbeiterInnen organisiert, die keinerlei Einmischung "von Aussen" zuliessen. Die Strukturen unter den ArbeiterInnen waren regional Zechen/Betriebsübergreifend, was der Quasi-Generalstreik im Kusbas zeigte.

Mit der Ausweitung auf andere, mehrere tausend Kilometer entfernte Regionen die die ArbeiterInnen anfangs noch selbst trugen, (sibirische BergarbeiterInnen fuhren in die Ukraine, und forderten dort zum Streik auf) stützten sich die ArbeiterInnen vermehrt auf die Strukturen von Umweltschützern, Volksfronten, und Technokraten, die diese sich seit Mitte der Achtziger Jahre aufgebaut hatten. In den mittleren und oberen Ebenen der Streikkomitees, die letztendlich die landesweite Koordination trugen und die Verhandlungen führten, tauchten immer häufiger oppositionelle Parteifunktionäre, Betriebsdirektoren und Intelektuelle auf.

Während es den ArbeiterInnen um materielle Forderungen ging, versuchten Teile der Streikkomitees den Kampf als sogenannten "politischen Streik" darzustellen, der darauf abzielte, dass "demokratische Kräfte" an der Regierung beteiligt werden. Die Streikkomitees stellten den Forderungskatalog zusammen, der sich wie ein Entwicklungsprogramm liest. Die ArbeiterInnen hatten von den Streikkomitees eher eine Art "bessere Sowjetmacht" im Kopf, eine Organisation, die das Leben von unten nach ihren Bedürfnissen organisiert.

Vor Ort fungierten die Streikomitees teilweise als Hilfsbullen. Sie patrouillierten durch die Städte, übergaben Plünderer und "Randalierer" an die Bullen, überwachten TransportarbeiterInnen und Verkäuferinnen, dass diese keine Waren klauten oder jemandem zusteckten. Auf diese Weise wurde im Kusbas die Kriminalitätsrate gesenkt.

Nach Versprechen der Regierung wurde der Streik von den Komitees im August '89 abgebrochen. Die Streikkomitees, die als vom Staat bezahlte und von der Arbeit freigestellte Arbeiterkomitees weiterexistierten, zogen sich starke Kritik von Seiten der ArbeiterInnen zu, weil sie den Streik zu früh abgebrochen hätten. Hauptfunktion der Arbeiterkomitees war, "die Beschwerden der Arbeiter entgegennehmen". Diese rannten ihnen nach kurzer Zeit die Bude ein, so dass die Komitees gezwungen waren, wenige Wochen später in Workuta und im Kusbas erneut Streiks auszurufen, weil die Forderungen immer noch nicht erfüllt waren. Dies passierte auch weiterhin nicht.

Trotz massivem Druck von Seiten der ArbeiterInnen organisierten die Komitees einen zweiten landesweiten Streik erst, als die Demokraten hinter Jelzin die Zeit für eine parlamentarische Offensive für reif hielten und Jelzin diese im Februar '91 mit der Forderung nach dem Rücktritt Gorbatschows einleitete. Die Arbeiterkomitees übernahmen diese Forderung für einen "politischen Streik" anfang März '91. Beteiligung und ""Aggressivität" war wesentlich grösser und stärker als beim ersten landesweiten Streik. Die ArbeiterInnen kritisierten die Komitees, dass sie überhaupt mit der Regierung verhandelten und distanzierten sich auf Demonstrationen auch von den Demokraten. Viele Kumpel gingen auch nach der "Einigung" nicht zurück in die Zechen. Die Streikkomitees durften den Streik nicht abbrechen, er wurde nur ausgesetzt, geknüpft an ein Ultimatum zur Erfüllung sämtlicher materieller Forderungen, Adressat nun aber die Regierung Jelzin.

Die sogenannten "politischen Forderungen" der BergarbeiterInnenstreiks sind praktisch komplett erfüllt worden: die Republiken werden weitgehend souverän, von den Republikfürsten wird eine neue Verfassung ausgearbeitet, ein halbes Jahr später wird der Oberste Sowjet aufgelöst und Gorbatschow wird sich als Präsident "freien Wahlen" stellen.

Abgebrochen wurde der Streik, nachdem die RSFSR die Zechen übernahm. Die Übernahme der Zechen und Grundstoffindustrie soll über "Marktmechanismen" in diesen Bereichen den Angriff auf die Zechenbelegschaften einleiten. "Rentabel" arbeitende Betriebe sollen zukünftig weder den Unionsapparat noch die "unrentablen Betriebe" wie bisher mitfinanzieren. Bei den einen wird dies zu Lohnerhöhungen führen, die anderen sollen dichtgemacht werden. Der Unionsapparat wird um weitere Millionen "Angestellte" abgebaut werden.

Zwar scheint dieses Scenario bei der augenblicklich einheitlichen Klassenfront sehr unwahrscheinlich, Massenentlassungen in der Verwaltung sind Forderungen der BergarbeiterInnen, Massenentlassungen in der Industrie werden zu landesweiten Aufständen führen. Die herrschende Klasse in der SU hat aber "nichts zu verlieren", da sie selbst bereits verloren ist.

7) Die beiden BergarbeiterInenstreiks waren aber nur die Initialzündung einer Massenstreikbewegung, die von '89 bis Mai '91 kontinuierlich anschwoll und mittlerweile sämtliche Sektoren der Sowjetökonomie erfasst hat. Die 200 Zechen, die im ersten Quartal '91 bestreikt wurden, waren gerademal ein Drittel sämtlicher Betriebe, die in dieser Zeit in Streik gingen. Nach der Preiserhöhung am 2.April brachen die Streiks erst richtig los. Hatten die BergarbeiterInnen im März '91 noch 2oo bis 250% mehr Lohn gefordert, werden demnächst die TransportarbeiterInnen für 400% landesweit in Streik treten. Zum ersten mal werden dann die vereinten Demokraten und KP-Funktionäre die Armee gegen die Arbeiterklasse schicken, Jelzin hat sich dafür bereits die Vollmachten vom russischen Parlament geben lassen.

Kern der Massenstreiks ist neben den Bergwerken im ganzen Land (nicht nur Kohle, sondern auch Erz, Gold, Wolfram, Asbest) die Schwerindustrie und der Maschinenbau in Sibirien und im Ural, in Minsk wurde der abgebrochene Generalstreik nach einer "Verhandlungspause" wieder aufgenommen. Eine Forderung ist die Enteignung der KP. Überall werden die Funktionäre aus den Betrieben vertrieben, die KP-Büros geschlossen. In mehreren Grossstädten kam es zu Plünderungen. Im Kusbas streikten Mitte April nicht nur die BergarbeiterInnen, dort war Generalstreik. In der Ostukraine, Zentrum des dortigen BergarbeiterInnenstreiks, arbeiteten viele Frauen bis Mitte April weiter, um damit die Streikfamilien zu versorgen. Auch diese gingen aber nach der Preisreform in Streik. Im "Dienstleistungsbereich" streikten viele Verkehrsbetriebe wie in Moskau und Leningrad, sowie die Moskauer Lehrer, die Fluglotsen wollen demnächst landesweit für mehr Geld in Streik treten.

Die sowjetische Landwirtschaft wird seit einem Jahr quasi bestreikt. Einzige Erklärung der LandarbeiterInnen, "zu viel Arbeit". Per Dekret sollen im Sommer neben Studenten und Soldaten auch wieder FabrikarbeiterInnen auf die Felder geschickt werden .

Strategisches Zentrum der Streikbewegung ist die Erdölindustrie, der wichtigste Devisenbringer der SU. Sie verhindern jegliche keynesianistische Krisenlösung. Nach Produktionsdrosselungen und Warnstreiks seit '88 gehen die ErdölarbeiterInnen in Tjumen daran, einen unbefristeten Streik zu organisieren. In diesem Bereich sucht die herrschende Klasse am fieberhaftesten nach einer "Lösung". Zum einen soll vermehrt Erdöl durch -gas ersetzt werden, zum anderen werden gerade mit westlichem Kapital in aller

Eile riesige neue Förderanlagen hochgezogen. Teile von Tjumen wie auch Aserbeidschan laufen einfach aus, auch weil die Vorräte erschöpft sind.

Nach dem Streikabbruch im Bergbau werden sich die lokalen Arbeiterkomitees radikalisieren. Ihr demokratischer "Überbau" hat sich diskreditiert. Selbst nach Einschätzung von Teilen der herrschenden Klasse wird es im Sommer zu einer erneuten Massenstreikbewegung kommen. Die Herrschenden hoffen darauf, dass die Arbeiterklasse die Kämpfe nicht "synchronisieren" kann.

8.Die fiskal/finanzpolitischen Massnahmen anfang '91 zielen nicht auf Produktivitätssteigerung ab. Die Preiserhöhungen beziehen sich nur auf den Einzelhandel, das heisst auf eine Abschöpfung von Löhnen, da die für die Betriebe relevanten Grosshandelspreise ohne Auswirkung auf die Produktivität bereits im vergangenen Jahr erhöht wurden. Abgeschöpft sollen vorallem die mittleren und hohen Löhne der Teile der Arbeiterklasse werden, die in den letzten Jahren die höchsten Lohnzuwächse durchgesetzt haben. Gesteuert wird das durch Kompensationszahlungen.

Die ganze Preisreform zielt auf Konvertierbarkeit des Rubel ab, die niedrige Produktivität wird "akzeptiert", Löhne und Einkommen deflationiert, ein Lohnstop wurde faktisch bereits im Februar verhängt. Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse wird dadurch weiterhin nicht berührt. Das ganze drückt einerseits die Hilflosigkeit der herrschenden Klasse aus, andererseits die Lächerlichkeit des "Geldes". Die Preisreform wird in wenigen Wochen von den Massenstreiks ausgehöhlt sein.

Die Verteuerung der Devisen zielt auf:

- Rückgewinnung der Kontrolle der Produktion, indem sie an den Rubel gebunden wird.

- Abschöpfung der Rubeleinkommen/Löhne.

- Zwang der Betriebe, Geldlöhne zu zahlen, da ihnen die Devisen für Konsumgüter für die Belegschaften gestrichen werden.

Durch Warenhortung durch den Staat und die Armee soll eine "Versorgungskrise" solange geschürt werden, bis ein Lohnstop durchgesetzt ist, dann sollen die Läden gefüllt werden. Das KGB hat die Wirtschaftsleitung übernommen, Razzien gegen Schwarzarbeit bis hin zur Übernahme von Betrieben durch das KGB.

Der Militäreinsatz ist Alltag. Auch hier geht es nicht um "Produktivitätssteigerung" zu der gehört "Demokratie". Die herrschende Klasse kann sich auf die Armee nicht stützen, die desertiert in Massen, nachdem sich die Bullen mit den Streiks solidarisierten. Der Krieg stützt sich nur noch auf Spezialeinheiten von mehreren Hunderttausend Mann, unterstellt dem KGB und dem Innenministerium. Drei Formen des Militäreinsatzes:

- Das Modell Tiflis/Baku/Vilnius. Die Truppen wurden nicht gegen Volksfronten oder Nationalisten geschickt, sondern im Gegenteil, die Miliz kam, wenn diese "gesunden Kräfte" (damaliger Innenminister) die Kontrolle zu verlieren drohten. In Baku, nachdem die Volksfront den von ihr ausgerufenen Generalstreik nicht mehr in den Griff bekam, in Vilnius nachdem die Ankündigung von Preiserhöhungen zum Sturm auf das Parlament führte. In Georgien drückt das Militär der Union für die "souveräne" Nationalregierung" die Preiserhöhungen durch.

- Das stalinistische Modell: wenigstens die ArbeiterInnen sind erstmal wieder am Arbeitsplatz, Milizpräsenz in den Betrieben soll sie dann wenigstens zu "etwas Arbeit" treiben. Parallel Masseneinsatz von streikbrechenden Soldaten.

- Das Modell Beirut, praktiziert gerade in Armenien, die Chaotisierung einer Region durch Terror.

9. Die herrschende Klasse in der SU hat es mit einer sie frontal angreifenden Arbeiterklasse zu tun, deren Zusammensetzung sie nicht auseinandernehmen kann, da es keine Ware Arbeitskraft, die auf einen Arbeitsmarkt gezwungen werden kann gibt.

Da bislang kein kapitalistisches Geld gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt wurde, hat die herrschende Klasse keinerlei Möglichkeiten, der Krise auszuweichen (sei es durch Investitionen oder Verlagerungen). Da es keinerlei "Produktivitätsspielräume" gibt, die Arbeiterklasse einen immer grösseren Teil des Produktes für ihren Konsum durchsetzt, "ernährt" sich die herrschende Klasse mittlerweile auf Kosten der einfachen Reproduktion des Kapitals.

Landesweit wird jegliche Produktivitätssteigerung in staatlichen Betrieben blockiert Dennoch läuft die Produktion teilweise so weiter wie bisher, nur eben nicht staatlich kontrolliert.

Die augenblicklichen Kämpfe werden die herrschende Klasse in der SU verjagen, die Arbeiterklasse ist aber (noch) nicht dabei, sich als Klasse abzuschaffen. Sie hat tatsächlich in vielen Bereichen die Produktion übernommen, fordert eine "gerechte Verteilung" des Gesamtproduktes.

Die Arbeiterklasse wird aber auch die neue Herrschaftsclique der Demokraten davonjagen. Einerseits ist diese mit der alten herrschenden Klasse vollkommen verwoben, andererseits diskreditiert sie sich durch Massnahmen gegen die Arbeiterklasse. Anders als in Polen hat sich keine "Solidarnosc" herausgebildet. die Arbeiterkomitees werden an Autorität verlieren, die Gewerkschaften wurden bereits mit den KP-Funktionären verjagt.

Anders als in der DDR gab es in der SU noch nie "Kapitalismus", die Forderungen bewegen sich auf einer Ebene des Überlebens, und hier organisieren die ArbeiterInnen auch eine Menge unter sich. Die Versuche der herrschenden Klasse dieses Organisieren/Produzieren in von ihr kontrollierte Verwertung umzudrehen sind gescheitert. In sofern sind die Forderungen der Bergarbeiter politischer als erwünscht, sie fordern jegliche herrschende Klasse auf, sich aufzulösen, da sie nicht benötigt wird. Der Unterschied zwischen der Arbeiterklasse in der DDR und der in der SU besteht darin, dass die in der SU die Initiative ergreift, angreift, sich verstärkter zusammenschliesst, als Klasse begreift, sich als solche organisiert, aber um als solche zu überleben. Keine herrschende Klasse wird gegen diese Strukturen in nächster Zeit etwas durchsetzen können, auch wenn sich aus der Selbstorganisierung der Verwertung/Verteilung neue Herrschaftsstrukturen herausbilden.

Kontaktadresse:

Osteuropagruppe

Papiertiger

Cuvrystr. 25

1000 Berlin 36

Veranstaltung
zur Repression und Menschenrechtssituation
in
SYRIEN



Beiträge des Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in Syrien und von Amnesty International, Videos.

Dienstag, den 2. Juli um 19 Uhr
im Saal der Heilig Kreuz-Gemeinde, Nostitzstr. 6/7,
1 Berlin 61

Veranstalter: Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten in Syrien, Gneisenaustr. 2a, 1 Berlin 61

DIE MAUER STEHT IMMER NOCH...

INFORMATIONSVERANSTALTUNG

zur Situation der VietnamesInnen, MoçambiquanerInnen

und SüdafrikanerInnen in Ost-Berlin

MO 1.JULI, 19.30 UHR

GRENZENLOS c/o BAZ, Oranienstr. 159, 1-61 (U-Bahn Moritzplatz
(in Zusammenarbeit mit BAOBAB - Infoladen Eine Welt e.V.,
Prenzlauer Berg)

FOTOAUSSTELLUNG JÜRGEN GEBHARDT

GRENZENLOS c/o BAZ, Oranienstr. 159, 1-6

25.6.-17.7.

MAKIBAKA ♀

ALS FRAU BEI DER NPA

Sind einige MAKIBAKA-Mitglieder auch Mitglieder der NPA?

Wir behandeln die NPA anders, denn sie ist keine Massenorganisation sondern eine Armee. Frauen, die sich der NPA anschliessen, betrachten wir nicht mehr als Mitglieder von MAKIBAKA. Wenn sie sich der Volksmiliz anschliessen, die auch Teil der NPA, jedoch keine reguläre Armeeinheit ist, können sie MAKIBAKA-Mitglieder bleiben. Obwohl wir Frauen ermutigen, sich überall an der revolutionären Arbeit zu beteiligen, müssen sie aus MAKIBAKA austreten, wenn sie sich der NPA, anschliessen. Auf der anderen Seite ermutigen wir die NPA, innerhalb der Züge und Kompanien Frauenkomitees zu bilden, damit die Frauen auch dort ihre Strukturen haben.

Ist dies so, weil die NPA immer umherzieht und nicht fest an einem Ort bleibt?

Ja, und weil die Regeln in der Armee sehr strikt sind. Wenn eine Person die Einheit verlassen will, muss sie Urlaub nehmen. Als ich noch bei der NPA war, hatten wir Anrecht auf nur 2 Wochen Urlaub pro Jahr. Wie könnten die Frauen also aktiv in MAKIBAKA mitarbeiten, während dem sie gleichzeitig in der Armee sind?

Welches waren deine Erfahrungen als Frau bei der NPA? Welche Probleme hast du angetroffen und wie bist du damit umgegangen?

In meinem Fall war es eine doppelte Belastung. Einerseits bin ich eine Frau, was in der Armee sehr selten war, andererseits kam ich aus der Stadt. Wenn du in die Berge gehst, spürst du den Unterschied zur Stadt sofort. Z.b. beobachten alle, wie du die Strapazen bewältigst. Daher musste ich mich doppelt bewähren. In der Stadt war ich sportlich aktiv, ich war früher Athletin. Aber es ist eine ganz andere physische Belastung, jeden Tag unterwegs zu sein, Berge zu besteigen, Felswände und steile Abhänge hinauf und hinunter zu klettern. Ich war auch erst 18 Jahre alt, als ich mich der Volksarmee anschloss. Ich war die einzige Frau in unserem Zug. D.h., alle Augen waren auf mich gerichtet, um zu sehen, wie ich mich durchschlage.

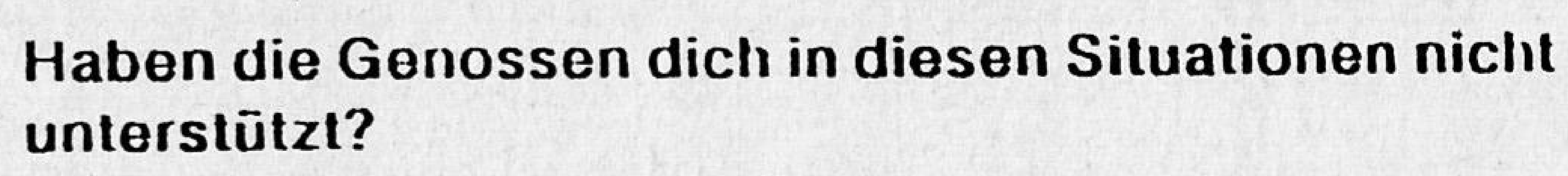


GESPRÄCH MIT ANNA, MANILA, MAI 1989

Was war der ausschlaggebende Grund für dich, der NPA beizutreten?

Es herrschte Kriegsrecht und der Trend war, aufs Land zu gehen. Daher kam ich gar nicht erst auf die Idee, dass es für eine Frau ungewöhlich sein könnte, zur NPA zu gehen. Denn ich war in der Stadt schon sehr aktiv, ich organisierte die Frauen der Armenviertel. Wir arbeiteten im Untergrund, daher waren wir immer wieder auf der Flucht. Ich wurde auch einmal verhaftet, aber es gelang mir, zu fliehen. Daher dachte ich gar nicht daran, dass es in den Bergen schwierig sein könnte. Als ich dort ankam, überraschten mich die Reaktionen der Bäuerinnen und Bauern. In den Städten ist es zumindest nicht so stark spürbar. Alle leben zusammen in einem geheimen Haus. Männer und Frauen erledigen die Hausarbeit. Alle schlafen auf dem Boden. Die Frauen werden ermutigt, den ersten Schritt zu machen, wenn sie in einen Mann verliebt sind etc. Aber in der Guerillazone auf dem Land ist die Situation sehr feudal, was mir nicht sofort aufgefallen ist. Wenn wir z.b. in ein Dorf kamen und ein Treffen mit den Bauern und Bäuerinnen hatten, und ich die einzige Frau war, die ihnen etwas erklärte, starrten mich alle an. Ich wurde mir dessen erst einige Monate später bewusst, als ich anfing, die Kultur der Leute zu verstehen. Ich realisierte, dass sie mir vielleicht gar nicht zuhörten. Vielleicht schauten sie mich auch nur an, weil ich anders war. Oder wenn wir einen schwierigen Weg gehen mussten, sagte der Führer: "Es gibt einen kürzeren Weg. Aber ich glaube nicht, dass du diesen schaffst. Daher müssen wir den längeren, einfacheren Weg wählen." Ich musste ihm umständlich erklären, dass ich bereit war, den schwierigeren Weg zu gehen. Aber das war nicht einfach, denn einige Male konnte ich den Weg wirklich nicht zurücklegen. Doch das hat nichts mit meinem Geschlecht zu tun, sondern damit, dass ich aus der Stadt kam. Aber sie führten es immer auf mein Frausein zurück. Manchmal, wenn ich meine Situation zu erklären versuchte, fingen einige Genossen zu lächeln an. Sie glaubten, ich wolle mich herausschwatzen und sage bedeutungsloses Zeugs.

Aber im ersten Trupp, dem ich angehörte, waren die Genossen alle sehr rücksichtsvoll und unterstützten mich. Sie kamen auch aus der Stadt und waren gewohnt, mit Frauen zusammen zu sein. Als ich dann einem anderen Trupp zugewiesen wurde, in dem die meisten Bauern waren, kam eine sehr schwierige Zeit. Ich musste immer darauf achten, was ich tat. Wenn wir ein Haus betraten, war unsere Regel, dass diejenigen, die die Schnellfeuerwaffen haben, auf dem Boden in der Nähe der Türe schlafen. Im Falle, dass der Feind käme, würden sie die anderen verteidigen, damit diese das Haus verlassen könnten. Aber wenn ich in ein Haus kam, sagte die Familie oft, ich solle im Schlafzimmer im Bett schlafen, da ich eine Frau sei und sie nicht wollten, dass ich mit den Männern am Boden oder in der Nähe der Türe schlafe. Denn für Frauen gehört es sich, im Zimmer zu sein. Dies ist eine gefährliche Situation, denn die Person, die im Zimmer ist, wird die letzte sein, die im Falle eines Angriffs das Haus verlassen kann. Daher ist es alles andere als sicher im Zimmer zu schlafen, und ich musste immer wieder von neuem erklären, dass es mir nichts ausmache, bei den Genossen auf dem Boden zu schlafen.



Haben die Genossen dich in diesen Situationen nicht unterstützt?

Manchmal. Aber oft musste ich sogar mit ihnen darüber diskutieren und sie kritisierten mich, sagten, ich sei starrköpfig und unnachgiebig. Auch wenn das Problem schon längst diskutiert und abgeschlossen sei, gäbe ich nicht auf, sondern käme immer wieder mit denselben Argumenten. Sie fragten mich, warum ich denn so tue, als ob das so wichtig sei und ich sagte ihnen: "Es ist sehr wichtig, weil ich die letzte sein werde, die flüchten kann." Speziell bei etwas reicheren Bauernfamilien wollten sie sogar noch ein Moskitonetz über das Bett hängen und es ist unmöglich, schnell aus dem Moskitonetz heraus zu kommen.

Bevor ich in die Berge ging, hätte ich mir nie träumen lassen, solche Probleme anzutreffen. Es gibt viele Situationen, die auf den ersten Blick ganz normal erscheinen. Bei genauerer Betrachtung stellt sich aber heraus, dass es sich um ungleiche Behandlung der Geschlechter handelt. Einmal fragte ich eine Gruppe von Bauern, wen sie als ihre politische/n Führer/in wollten. Wir waren gerade daran, ihre Organisation aufzubauen und daher brauchten sie die Unterstützung von einer Person aus der NPA. Ich war diejenige, die diese Bauern organisiert hatte. Und sie sagten, irgend jemand, nur keine Frau. Es spielte also keine Rolle, ob ich die Fähigkeiten hatte oder nicht, ob ich seriös war in meiner Aufbauarbeit. Sie wollten einfach keine Frau. Ich war wirklich schockiert, weil sie es so offen und direkt sagten. Ich fragte sie, warum, und sie sagten: "Weil wir uns manchmal in Höhlen und in den Felsen treffen müssen und Frauen können nicht dort hingehen, weil es zu schwierig für sie ist." Ich musste ihnen zuerst beweisen, dass ich genauso gut wie sie die Felswände hinunterklettern kann. Es gäbe noch viele solcher Schwierigkeiten aufzuzählen.



Was die Regeln und Bestimmungen in der Armee betrifft, sind Frauen und Männer gleichberechtigt, unsere Rechte sind gut geschützt. Aber in den tagtäglichen Beziehungen kommen die Unterschiede zum Vorschein. Ich wollte immer an einer Militäroperation mitmachen, um zu sehen, wie das läuft. Aber es verging eine sehr lange Zeit, bis ich die Erlaubnis dazu erhielt. Für die Genossen war es viel einfacher. Auch wenn sie erst neu dabei waren, konnten sie gleich mitmachen. Das erste Gefecht, bei dem ich mitmachte, war ein Verteidigungsgefecht. Wir wurden in einem Haus überrascht. Weil wir den Weg kannten, holten zwei Männer und ich eine reguläre Kampfeinheit ab. Im Moment als wir ankamen, tauchte das Militär auf und es gab eine Schiesserei. Wir konnten die Einheit nicht mehr verlassen. Da hörte ich, wie der kommandierende Offizier (CO) sagte: "Pass auf die Frau auf, damit sie sich zurückziehen kann." Und einer der Kämpfer kam und brachte mich zu einem anderen Dorf. Ich wollte nicht gehen, aber während einem Gefecht ist keine Zeit, um zu diskutieren oder zu protestieren. Obwohl ich wütend war, hatte ich keine andere Wahl, als zu gehorchen. Nachher fragte ich sie, warum ich die Einheit verlassen musste. Sie sagten, weil ich nicht dasselbe Training hätte wie die reguläre Kampfeinheit. Aber die anderen beiden Männer hatten dieses Training auch nicht. Als der CO den Befehl erteilte, sagte er klar: "Nehmt die Frau raus!" Er sagte nicht einmal meinen Namen, die Neulinge oder Kundschafter. Ich war wirklich sehr empört.

Aber du hast immer weitergemacht?

Ja, ich habe nie aufgegeben. Etwas Gutes in unserer Region ist, dass es inzwischen wirklich viele Frauen in der Armee und in den bewaffneten Propaganda-/Organisierungsteams der NPA gibt. Es gibt auch mehrere Teams, die nur aus Frauen bestehen. Weil wir viele Frauen sind, können sie uns nicht mehr einfach übersehen. In anderen Regionen, wie z.B. in Pampanga, hat es sehr wenige Frauen in der Armee. Pampanga ist eines der Gebiete im Land, die am stärksten vom Machismo geprägt sind. Dort sind die Frauen wirklich Sklavinnen. Traditionsgemäss sind es die Männer, die in der Oeffentlichkeit und ebenso in der Armee sind: Eine Freundin, die dort in der Armee war, war über viele Jahre die einzige Frau. Weil Frauen sich so sehr beweisen mussten, bevor sie in die Armee aufgenommen wurden. Und sie war 'nur' in einem Propaganda- und Organisierungsteam. Das ist ganz anders als bei uns in Süd-Luzon, wo es sogar militärische Einheiten gibt, die von Frauen angeführt werden.

War es ein Kampf, an diesen Punkt zu gelangen?

Ja. In unserer Auswertung stellten wir fest, dass die NPA während einem Jahr keine Frauen aufnehmen wollte, weil sie glaubten, es sei zu schwierig. Das war 1975/76, während der härtesten Zeit in der Revolution. Damals brachen alle unsere Basen zusammen, wir verloren an Stärke und das Kriegsrecht bestand weiterhin. Daher versuchten wir vor allem, die Organistionen aufrecht zu erhalten. Mehrere Tage mussten wir ohne Essen ausharren. Nie wussten wir, wie lange es dauern werde. Mit einer Banane pro Tag mussten wir überleben. Dauernd gab es Gefechte. Manchmal, wenn das Militär unsere Rastplätze erreichte, war die Asche noch warm, wir hatten sie soeben verlassen. Einige Male schliefen wir im Gras, als wir ein Rascheln hörten und wegkriechen mussten, weil das Militär kam. Unsere Massenbasis war sehr klein. Viele Gebiete, in denen wir stark waren, wurden vom Militär kontrolliert. Wir waren damals sehr wenige, daher brauchten wir gute Leute. Obwohl es keine festgelegte Regel war, wurden tendenziell keine Frauen aufgenommen. Weil wir wenige waren, hatten die Führer das Sagen und die Leute stimmten ihnen zu. Einer der Führer war sehr misstrauisch gegenüber Frauen. Er sagte, es sei schwierig Frauen um sich zu haben. Deswegen wollte er während einem ganzen Jahr keine Frauen aufnehmen. In den kommenden Jahren konnten sie die Frauen nicht mehr ablehnen, weil so viele mitmachen wollten. Es gab ein Jahr, während dem es schwierig war, Mitglieder anzuwerben. Diejenigen, die sich meldeten, waren alles Frauen. Daher hatten sie keine andere Wahl. Viele hohe Führungspositionen in Süd-Luzon sind heute von Frauen besetzt. Frauenthemen können nicht mehr einfach ignoriert werden. Aber ich glaube nicht, dass dies repräsentativ ist für den Rest des Landes.

Glaubst du, dass die Teilnahme der Frauen und deren Akzeptanz wächst?



Natürlich. Als ich der Armee beitrat, war ich die einzige Frau dort. In den letzten Jahren ist es fast selbstverständlich geworden, Frauen zu sehen, die organiseren oder in der Armee sind. Zu meiner Zeit hätten sie gefragt: "Bist du verheiratet? Was denken deine Eltern darüber?" Oder wenn sie wussten, dass du verheiratet bist, fragten sie: "Wo sind deine Kinder, was machst du mit ihnen? Wie denkt dein Mann darüber?" Zu all dem bestand ich noch darauf, nicht mit meinem Mann zusammen in der gleichen Einheit zu sein. Mein Mann und ich beantragten, verschiedenen Einheiten zugeteilt zu werden.

Warum?

Weil er mich überschattete. Er ist so beschützend. Für kurze Zeit erlebte ich, was das für mich bedeutet. Als es darum ging, die Aufgaben auszusuchen und zu verteilen, wollte er nicht, dass ich gefährliche Aufgaben übernehme. Aber mir gefällt diese Arbeit. Die Organisierung der Bevölkerung in einem Expansionsgebiet zum Beispiel ist gefährlich. Er setzte mich unter Druck, damit ich diese Aufgabe ablehne und im sicheren Hinterland bleibe. Das wollte ich natürlich nicht. Ich glaube, wenn wir immer zusammen gewesen wären, hätte ich mich nicht frei entwickeln können.

Wie funktioniert das in der Armeeeinheit, wenn die Leute sich waschen?

IDas hängt von der Region ab. Es gab eine Zeit, während der wir ein Bad nehmen konnten, wann und wo wir wollten. Sogar Männer und Frauen zusammen, aber später wurde uns davon abgeraten, und die Männer wurden von den Frauen getrennt. Die Frauen müssen angezogen sein, wenn sie mit den Männern zusammen ein Bad nehmen. Da es eine feudale Gesellschaft ist, glauben sie, dass du versuchts, ihn zu verführen, wenn du in der Gegenwart eine Mannes ein Bad nimmst. Darum mussten wir für die Männer und Frauen verschiedene Orte zum Waschen einrichten.

Ich würde das patriarchal nennen, denn solche Mechanismen kenne ich auch in unserer Gesellschaft, die nicht feudal ist.

Auf dem Land ist es noch extremer. In den Städten können wir wenigstens in vielen Gesprächen und Erklärungen die Anschuldigungen zurückweisen. Auf dem Land, wo die Gesellschaft noch autoritärer ist, sind die Normen strikter. Daher ist es doppelt so schwer. Es ist schon verdächtig, mit einem Mann alleine in einem Zimmer zu sprechen. Ich diskutiere sehr gerne und plötzlich realisiere ich, dass wir alleine im Raum sind. Die Türe ist zwar offen, aber die anderen schöpfen schon Verdacht und fangen an zu fragen, wo mein Mann sei etc. Das macht es so schwierig, über Themen wie Gleichberechtigung oder das Recht, über seinen eigenen Körper zu bestimmen, zu diskutieren. Denn die momentan herrschende Situation wird immer noch als normal und natürlich angesehen. Das müssen wir zuerst durchbrechen: Das Land gehört nicht wirklich dem Grossgrundbesitzer; er behauptet es nur mit einem Stück Papier. In Wirklichkeit sollten die Bauern, die das Land bebauen, davon profitieren. Sie fangen an, die Beziehungen zwischen Pächter und Grossgrundbesitzer zu hinterfragen. Wir fragen dann, warum nur diese ungerechte Beziehung kritisieren und wir fangen an, alle anderen Beziehungen auch zu hinterfragen. Wenn wir uns mit den Bäuerinnen treffen, laufen die Männer immer am Fenster vorbei und versuchen herauszufinden, worüber wir sprechen.

Vielleicht denken sie, dass ihr einen schlechten Einfluss auf die Frauen habt.

Ja, einmal als Bäuerinnen und wir uns gegenseitig unsere Lebensgeschichten erzählten, und wir davon sprachen, wie wir die Unterdrückung erfahren, weinten einige Frauen. Die Männer, die draussen zuhörten, wurden verlegen. Sie wollten nicht, dass darüber sollte nicht mit anderen Leuten gesprochen wird.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, diese Sachen öffentlich zu machen und darüber zu sprechen.

Der erste Schritt beim Organisieren der Frauen ist immer, dass wir uns unsere Lebensgeschichten und Erfahrungen mitteilen. Da wir Aktivistinnen sind, können wir die Männer bitten: "Könnt ihr diesmal für uns kochen, weil wir eine Sitzung haben?" Das übernehmen sie gerne, denn so können sie zuhören, worüber wir sprechen. Nachdem sie mehrere Male zugehört hatten, fragten uns die Genossen: "Was macht ihr denn, warum streiten sich die Ehepaare?" Sie versuchten uns zu ermahnen, sachter vorzugehen. Aber wir sagten ihnen: "Es ist nicht das Problem der Frauen, es ist das Problem der Männer, die sich den Veränderungen widersetzen!"

Nun hast du vor allem negative Beispiele erwähnt. Hattest du auch positive Erfahrungen?

Natürlich. Aber vorher hast du nach den Problemen gefragt. Wie schon früher erwähnt, unterstützte mich die erste Einheit. Ohne grosse Diskussionen wurde ich durch einen kollektiven Entscheid zu einer der FührerInnen der Einheit ernannt. Als wir darauf hinarbeiteten, mehr Frauen in nicht-traditionellen Rollen zu integrieren und erreichten, dass Frauen auch an taktischen Offensiven teilnehmen können, unterstützten dies auch einige Männer. Vereinzelt gibt es immer wieder Männer, die uns unterstützen, z.b. mein Mann. Als wir bereits Kinder hatten, teilten wir die Arbeit. In seiner Einheit, die nur aus Männern bestand, arbeitete er darauf hin, dass die Geschlechterproblematik diskutiert wurde. Einmal fragte er seine Genossen: "Wir sprechen von Konsolidierung unserer Kräfte und Erhöhung des Bewusstseins. Aber wer von uns kann sagen, seine Frau beteilige sich aktiv an der Revolution?" Einige seiner Genossen sind in der komfortablen Lage, eine Ehefrau zu hause zu haben, die die Kinder aufzieht und sich um sie kümmert, wenn sie nach Hause kommen. Deshalb sagte er: "Lasst uns zählen, wieviele von uns geben unseren Frauen die Freiheit, am Kampf teilzunehmen?" Alle lachten verlegen, weil sie keine Antwort hatten und gegenüber ihren Frauen nicht sehr unterstützend sind.

Ich habe gehört, dass KP-Mitglieder nur Leute heiraten dürfen, die mindestens einer Mitgliedorganisation der NDF angehören. Gilt dies für die NPA nicht?

Nein, das ist die Ironie davon. Die NPA-Mitglieder sind am stärksten am Kampf beteiligt und ausgerechnet ihre Frauen sind oft ausgeschlossen. Andere Frauen, die nicht verheira-

tet oder deren Männer weniger aktiv sind, können in den politischen Organisationen mitarbeiten. Sie können sich die Arbeit im Haus und auf dem Feld mit den Männern teilen. Aber die Frauen von Vollzeitakitivisten müssen die ganze Arbeit alleine verrichten.

Das ist ähnlich wie im kapitalistischen System, wo die Arbeiter nur in diesem Masse ausgebeutet werden können, weil sie eine Ehefrau, Mutter oder Schwester zu hause haben, die alles für sie erledigt. Wenn die Arbeiter dies selbst machen müssten, könnten sie niemals 8–10 Stunden pro Tag Lohnarbeit leisten.

Genau, das ist eines der Probleme, die noch nicht gelöst sind. Mehr und mehr Leute werden Teil des Kampfes und widmen ihre Zeit der Bewegung. Die Arbeit, die sie dadurch vernachlässigen, wird von den Frauen getragen. Wenn eine Frau sich beschwert, wird sie als nicht- cooperativ betrachtet. "Warum beschwert sie sich, versteht sie denn nicht, dass ihr Mann etwas sehr Wichtiges tut?" Deshalb beschwere ich mich manchmal absichtlich vor anderen Leuten über die Hausarbeit.

Auch der letzte kommandierende Offizier (CO), den ich hatte, bevor ich angeschossen wurde, unterstützte mich. Als er eine andere Aufgabe übernahm, empfahl er mich als seine Nachfolgerin. Zu dieser Zeit waren die Frauen immer in der zweiten Reihe. Ist der Mann CO des Trupps, dann ist die Frau Vize-Offizierin. Wird der Mann zum Zugs-CO befördert, wird die Frau zur Vize-Zugs-CO befördert, statt dass sie CO des Trupps wurde. Sie bleibt immer Vize und es ist sehr sehr selten, dass eine Frau wirklich die oberste Führung einer Einheit inne hat.

Einige Männer halfen mir auch, anderen Genossen, die Frauenproblematik zu erklären. Obwohl sie mir auch immer wieder sagten, ich solle mich etwas zurückhalten, weil ich sonst nur das Gegenteil bewirke und die Leute mir nicht mehr zuhören. Dies ist speziell der Fall, wenn eine Frau vom Militär vergewaltigt wird. Alle schweigen oder sie flüstern miteinander, weil sie sich schämen, darüber zu sprechen. Dies geschah in unserer Region. Eine Frau wurde vergewaltigt und sie sprach offen darüber. Die Leute wussten nicht, wie sie darauf reagieren sollten. Sogar die anderen Frauen die nicht sehr politisiert waren, wussten nicht, was sie sagen sollten. Ueberall wurde gemurmelt: "Warum spricht sie so offen darüber, es ist doch ihr Fehler etc." Dann sprachen wir mit den Leuten und versuchten zu erklären. Wir sagten ihnen: "Die Frau wurde von einem Militär vergewaltigt und ihr wollt behaupten, eine Frau muss die Militärs zuerst verführen. Die würden sogar eine Leiche vergewaltigen. Du musst gar nichts machen um vergewaltigt zu werden. Schon bevor sie dich verhaften, denken sie nur daran, dich zu vergewaltigen. Wenn ihr so denkt, sagt ihr, dass das Militär besser ist als die revolutionären Frauen."

Noch schwieriger sind natürlich Fälle von Vergewaltigung innerhalb der NPA. Wir bestehen immer darauf, dass bei einer Vergewaltigung Frauen in der Untersuchungskommission sind. Einmal sagte eine Frau, dass sie vergewaltigt wurde. Weil der Angeklagte bereits ein Offizier der NPA von mittlerem Rang war, entschied die Untersuchungskommission, dass der Mann zum Tod durch erschiessen verurteilt wird. Der Fall wurde an ein höheres Führungsgremium weitergezogen. Dieses bestätigte das Urteil. Das war nur möglich, weil in dieser Einheit mehrere Frauen waren. Noch Monate nachdem das Urteil bereits vollstreckt war, gab es immer wieder Männer, die sich beschwerten und das Urteil in Frage stellten. Sie behaupteten, es sei gar keine Vergewaltigung gewesen. Die Frau habe sich dem Mann gegenüber einladend verhalten. Einige sagten sogar, diese Frau habe sie auch schon angemacht etc. Wir sind einen langen Weg gegangen, bis wir über solche Sachen überhaupt sprechen konnten. Früher durften die Mitglieder der NPA nicht tanzen, auch nicht an Dorffesten, weil das schon zu "etwas" führen könne. Es war ein langer Prozess, bis dieses Thema diskutiert wurde. Wir sagten immer wieder: "Schaut, das sind sehr junge Frauen und Männer. Sie treten der NPA im Alter von 18/19 Jahren bei. Speziell in Dörfern, in denen die Häuser weit voneinander entfernt sind, gibt es kaum Möglichkeiten, sich näher zu kommen. Die NPA ist die meiste Zeit im Dschungel. Wie sonst können die jungen Leute sich besser kennenlernen und normale Beziehungen zueinander entwickeln?" Schlussendlich haben wir gewonnen. 1982/83 wurde diese Regel aufgehoben und die NPAs erhielten die Erlaubnis zu tanzen



Teil 1 dieses Interviews ist in der "agitare bene" nr 43 erschienen

Die neue AUTSCH ist da!



Nr.3
40 Pf.
JUNI '91

Inhalt :
LSV und Organisierung
Organisierung in Berlin
Sexismus und Schule
Hamburg
Griechenland

ACHTUNG:

Wir haben eine neue Adresse!

autsch c/o buchhandlung o-21 ,
oranienstraße 21, 1/36

Dorthin könnt ihr Artikel, Kritik oder sonstwas hinschicken.

Abos gibt's erstmal nicht.

Erhältlich in allen gut sortierten Infoläden.

Einladung zum nächsten Treffen in Frankfurt am 26.-28. Juli

Das nächste Treffen bezüglich der Häusertage/Aktionstage findet in Frankfurt statt. Wir hoffen das es bis dahin Diskussion in den Städten gab. Punkte über die wir reden wollen:

- wie gehts weiter ?
- Sommercamp in Sizilien ?
- Bericht vom europaweiten Treff
- die Briefe der Gefangenen (in dem Brief von Eva stehen ziemlich viel Sachen, die wichtig zum diskutieren wären
- das, was wir beim letzten Treffen angefangen haben
- ???

Anreise ist Freitag der 26.07. ab 18:00 im Cafe Exzess Leipziger Str. 91 in Frankfurt 90 (Stadtteil Bockenheim) - am besten Messe abfahren
Wenn ihr früher kommen wollt, geht das auch: Donnerstag, 25.07 In der Au 14-16 (besetztes Haus) in Frankfurt 90(Stadtteil Rödelheim) ab 21:00 (is Vokü)
Wenn ihr erst am Samstag kommt, dann sind wir ab 11 Uhr im Cafe Exzess beim Frühstücken.
Toll wäre es, wenn ihr auch was zum Frühstück mitbringt.

Bis denne Wir freuen uns auf euch

Informationen zum neuen "Anti Terror Gesetz" in der Türkei

Anfang April kam durch die deutsche Presse die Nachricht einer Amnestie in der Türkei,aufgrund der ca.45 ooo Gefangene aus den Knästen freikommen würden.Gekoppelt hiermit war die Nachricht über die Aufhebung desjenigen Gesetzes,das den Gebrauch der kurdischen Sprache verbot.Seitdem sind zwei Monate vergangen,weitere Nachrichten gab es kaum.
Diese Nachricht erweckt in der europäischen/deutschen Öffentlichkeit den Eindruck,als erfahre das System der faschistischen 12.September Regierung,die gekennzeichnet ist von Willkür,Folter und Unterdrückung,eine Demokratisierung.Genau das Gegenteil ist jedoch geschehen.Daher diese Richtigstellung der der hiesigen Öffentlichkeit vorenthaltenen Informationen.
Die oben erwähnte sog."Amnestie" ist ein Teil des neu eingeführten "Anti Terror Gesetzes".Dieses Gesetz wurde auf Vorschlag des Nationalen Sicherheitsrates vom 5.April(zusammengesetzt aus Befehlshabern der Armee,Vertretern des Geheimdienstes MIT,Staatspräsident,Regierungschef und einigen Ministern)in einem ad hoc Verfahren am 11.April ohne öffentliche Diskussion von der Regierung angenommen und zum 13. April in Kraft gesetzt.Dieses neue Gesetz bedeutet eine Verschärfung der Unterdrückung und "schafft eine Situation,wie sie nach dem 12.September Putsch 80 herrschte",wie sich eine Vertreterin des Menschenrechtsvereins Istanbul auf einer Veranstaltung in Berlin Anfang Juni ausdrückte.Die Auswirkungen sind für die revolutionäre Linke in der Türkei und die linken politischen Gefangenen verheerend.

Die juristischen Veränderungen

Die Gesinnungsparagraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches,nach denen auch Linke verurteilt worden sind,sind durch das neue Gesetz aufgehoben worden.Gleichzeitig führt es jedoch eine grundsätzliche Globaldefinition von "terroristischen"Straftaten ein.Diese "Terror"-definition ist im Verhältnis zu den aufgehobenen Paragraphen erheblich erweitert.
"Die in der Verfassung festgelegte Beschaffenheit der Republik,die politische,rechtliche,soziale,laizistische oder wirtschaftliche Grundordnung unter Anwendung von Druck,Nötigung und Gewalt,Verbreitung von Angst und Schrecken,Einschüchterung oder Drohung zu verändern oder die unteilbare Einheit von Gebiet und Nation des türkischen Staates und der Republik zu zerstören,ist Terror.Alle Aktionen von Mitgliedern einer Organisation oder Einzelpersonen,die darauf abzielen,die Existenz des türkischen Staates und der Republik zu gefährden,die staatliche Autorität zu schwächen,zu stürzen oder an sich zu reißen,die Grundrechte oder Freiheiten zu beseitigen,die innere oder äußere Sicherheit des Staates,die öffentliche Ordnung oder die allgemeine Gesundheit zu zerstören,ist Terror."
Ähnlich dem hiesigen § 129a genügt jegliche "Hilfe und Propaganda",um sich strafbar zu machen.Zugleich sind andere Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches,nach denen Linke verurteilt wurden,aufrechterhalten und deren Strafandrohungen pauschal um die Hälfte erhöht worden.Die Verfahren finden zukünftig vor speziellen Staatssicherheitsgerichten statt.

Die "Amnestie"

Die sogenannten "Amnestie -möglichkeiten richten sich danach,nach welchen Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches die Gefangenen verurteilt worden sind.Hierbei sind die Paragraphen,nach denen die revolutionäre Linke verurteilt worden ist,von der Amnestie ausgenommen.Abgesehen davon handelt es sich um eine bedingte Freilassung,d.h.,wenn auch nur die kleinste Kleinigkeit passiert,wird die Freilassung widerrufen.
Mittlerweile sind sämtlichen rechtsgerichteten Gefangenen freigelassen worden,da die Paragraphen,nach denen sie verurteilt worden sind,unter die Amnestie fallen.Dies gilt auch für die Faschisten,die wegen Mord und Massakern im Knast waren.Die restlichen Freigelassenen sind sog. "normale Kriminelle".Von den ca.3000 linken revolutionären Gefangenen sind nur ung.250-300 Gefangene freigelassen worden,weil sie sowieso nur noch wenige Monate zu sitzen hatten.

Erweiterung der Kompetenzen des faschistischen Polizei-und Foltererapparates

Mit dem neuen Gesetz wird rechtlich festgeschrieben,daß sich Folterer und Sicherheitsbeamte,egal welcher Verbrechen sie sich schuldig gemacht haben,des Schutzes des Staates sicher sein können.Ohne auch nur ansatzweise einschneidende Konsequenzen für ihre

Verbrechen befürchten zu müssen,wird durch das Gesetz eine Situation geschaffen,in der sie sich noch hemmungsloser an den Gefangenen austoben können.Zwar brauchten sie auch in vergangenen Jahren kaum mit staatlichen oder juristischen Maßnahmen zu rechnen,jedoch konnten sie sich nie sicher sein,von der Linken oder aus der Bevölkerung zur Rechenschaft gezogen zu werden.
Das Gesetz legt fest,daß Sicherheitskräfte,denen Mißhandlungen,andere Menschenrechtsverletzungen oder Ermordung von RevolutionärInnen vorgeworfen werden,nicht in U-Haft genommen werden dürfen und bis zu einem eventuellem Prozeß in ihrem Job verbleiben.Bei einem eventuellem Prozeß übernimmt der Staat sämtliche Kosten und stellt ihnen bis zu drei Anwälte.Danach ist ihnen die Beschaffung einer neuen Identität sicher.Während früher Folterer und Bullen in den Prozessen gegen die Linke öffentlich auftreten und ihre Aussagen machen mußten,darf dies nun nur noch in geheimen Verhandlungen außerhalb des Prozesses geschehen,so daß ihre Identität nicht bekannt werden kann.Das gleiche gilt für Personen,die andere angezeigt haben.Vor dem neuen Gesetz wurde jemandem,der denunziert worden ist,mitgeteilt,von wem er angezeigt wurde.Dies ist nun verboten.Damit soll Denunziation gefördert werden.
Verboten und unter Strafe gestellt ist auch,Namen und Personalien solcher,oben aufgeführter,Personen bekannt zu machen oder dazu beizutragen,daß deren Personalien irgendwie bekannt werden.Hierdurch soll zugleich die Öffentlichkeit zum Schweigen über die Verbrechen der Sicherheitsbeamten und Folterer verdammt werden.Bis jetzt sind schon direkte Auswirkungen dieser Bestimmungen zu bemerken:So sind Mitte Mai zwei RevolutionärInnen in ihren Wohnungen von Bullen regelrecht hingerichtet worden.Mehrere Menschen sind unter der Folter auf den Polizeirevieren gestorben,In Kurdistan eröffnete die Polizei das Feuer auf die Bevölkerung eines Dorfes,Versammlungen und Veranstaltungen wurden in Massen verboten usw.

Auswirkungen auf die Presse,Vereine,Gewerkschaften usw.

Angelehnt an die oben dargestellte uferlose Definition von "Terror" und den Schutzbestimmungen für Beamte und Denuntianten werden Organisationen ,Vereine sowie Redakteure und Besitzer von Presse mit empfindlichen Geldstrafen bestraft,wenn sie den sog."Terrorismus"in irgendeiner Form "unterstützen".Sie können zugleich durch Gerichtsbeschluß geschlossen und ihr gesamtes Vermögen beschlagnahmt werden.Dies war zwar bisher grundsätzlich auch so.So wurden allein im letzten Jahr gegen 16 Zeitungen der drei größten Verlage der Türkei 394 Prozesse eingeleitet.
Im Unterschied zu vorher gibt die erweiterte Definition von "Terror"jedoch noch mehr Repressionsmöglichkeiten.So ist es selbst einer Tageszeitung nicht möglich,z.B. nach einem Anschlag den Namen der linken Organisation zu nennen,da dies sonst eine "Unterstützung"wäre.Oder wenn jemand von einem Polizisten ermordet wird,würde die Berichterstattung darüber als "Beleidigung des Staates"angesehen.Selbst die öffentliche Kritik an diesem Gesetz kann als staatsgefährdend und damit als "Unterstützung des Terrorismus"bewertet werden.

Aufhebung des Gesetzes über die Kurdische Sprache

Abgesehen davon,daß es den türkischen Sicherheitskräften nie gelungen ist,die Menschen davon abzuhalten,in ihren Kreisen und auf ihren Straßen kurdisch zu sprechen,und daher die Aufhebung dieses Verbotes sowieso eine Farce ist,bleibt die Amtssprache auf Behörden,in Schulen,etc. Türkisch.
Paragraph 8 des neuen Gesetzes verbietet jegliche Veröffentlichungen,die darauf abzielen,die "unteilbare Integrität des Landes und der Nation der türkischen Republik zu untergraben". Nach 1980 wurde die Propaganda in kurdischer Sprache als "Separatismus" betrachtet. Unter diesem Gesichtspunkt kann nicht von der Aufhebung des Verbots der kurdischen Sprache gesprochen werden. Anfang Juni wurde die gleichzeitige Verwendung der Farben rot, gelb und grün, aus denen sich die kurdische Fahne zusammensetzt, verboten. Lediglich für Ampelanlagen gilt eine Ausnahme. (Das ist kein Witz, sondern AFP- Meldung vom 19.6.91)

Auswirkungen des neuen "Anti-Terrorgesetzes" auf die Knäste

Die Geschichte der Knäste seit dem Septemberputsch 1980 ist die Geschichte einer bestialischen Unterdrückung und eines permanenten Widerstandes der linken politischen Gefangenen dagegen.
Nach dem Militärputsch wurden innerhalb kurzer Zeit ca. 650.000 Menschen festgenommen und gefoltert. Ca. 100.000 Linke wurden danach in die Gefängnisse überführt. Dort waren sie weiter einer permanenten Folter ausgesetzt. Die Gefängnisse waren so überfüllt,

daß die Zellen völlig überbelegt waren, sich oft mehrere Gefangene ein Bett teilen mußten. Das Essen war sehr schlecht, die Angehörigen durften kein Essen mitbringen, eine medizinische Versorgung war nicht vorhanden. Besuchszeiten waren nur kurz, selbst der "offene Besuch" (Besuch ohne Wachpersonalkontrollen) war oft nur für 15 Minuten gestattet. Um nicht im Gefängnis physisch und psychisch unterzugehen, griffen die Gefangenen immer wieder zum Mittel des Hungerstreiks, um bessere Haftbedingungen zu erhalten. Anders als in deutschen Knästen waren die Gefangenen - selbst unter den schlimmsten Bedingungen - "zusammengelegt", oft sogar entsprechend der Organisationszugehörigkeit. Das vereinfachte die Diskussion und den Beschluß über Widerstandsaktionen im Knast sehr stark. Unterstützt wurden die Gefangenen in ihrem Kampf u.a. von ihren Angehörigen und ihren FreundInnen. Die praktizierte Zusammenlegung der revolutionären Gefangenen war gleichzeitig auch das wichtigste Mittel um zu überleben, die persönliche und politische Identität nicht zu verlieren. Nach ihrem jahrelangen Kampf hatten die Gefangenen in den meisten Gefängnissen seit ca. 1987 bessere Haftbedingungen erreicht:
- sie konnten sich in ihrem Gefängnisteil frei bewegen, konnten von morgens bis abends auf den Hof
- sie konnten zu den anderen Gefängnisteilen, um mit den dortigen Gefangenen zusammen zu kommen
- die "offenen Besuchstage" wurden erweitert, in manchen Knästen gab es sogar mehrere Tage hintereinander "offenen Besuch". Offener Besuch bedeutete, mit Angehörigen und FreundInnen zu reden, zu lachen, zusammen zu essen und Tee zu trinken. Offener Besuch bedeutete, den Kontakt nach draußen intensiv zu betreiben und gab Kraft für die nächsten Wochen und Monate
- sie konnten Bücher und Zeitschriften in den Knast bekommen, konnten Fernsehn gucken und Radio hören.

Festzuhalten ist aber, daß das Essen nach wie vor sehr schlecht war und die medizinische Versorgung unzureichend oder nicht vorhanden war. Festzuhalten ist auch, daß relativ "gute" Bedingungen in vielen Knästen keine Garantie und oft auch nicht von Dauer waren. So genügte z.B. ein mißlungener Ausbruchsversuch, die Gefangenen wieder zu mißhandeln, Besuche zu streichen, Essen und Trinken zu entziehen, usw. Dann waren die Gefangenen wieder gezwungen, zum Mittel des Hungerstreiks zu greifen, um ihre früheren erkämpften Rechte zurückzuerlangen. Bei dem letzten großen Hungerstreik vor ca. 2 Jahren wurden zwei Gefangene von den Wächtern zu Tode geprügelt.

Das neue "Anti-Terrorgesetz" nimmt den linken Gefangenen ihre Rechte: die Isolationsfolter soll eingeführt werden, der "offene Besuch" gestrichen werden.

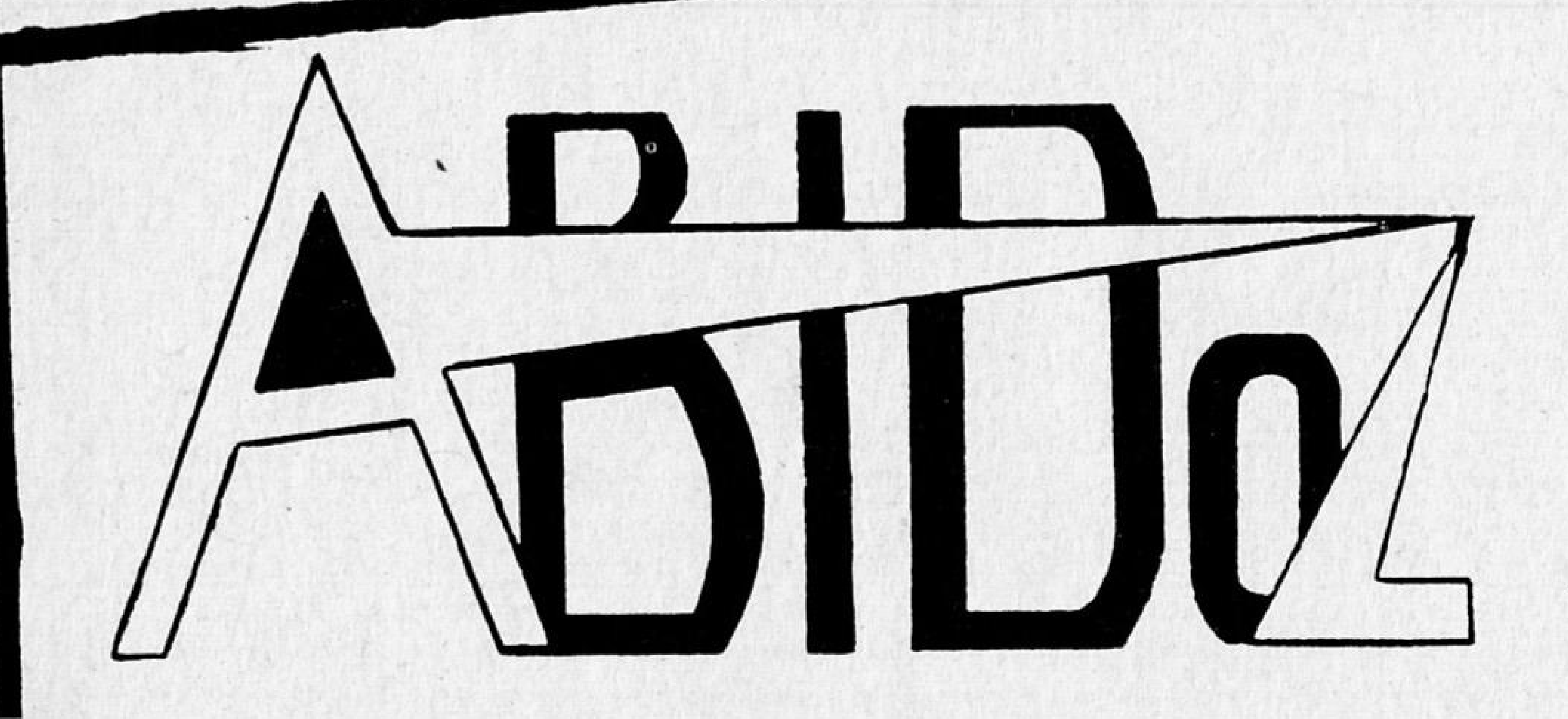
Bereits vor einem Jahr wurde ein Iso-Knast in Eskisehir fertiggestellt und versucht, Gefangene dorthin zu verlegen. Nachdem die "schönen Worte" des Justizministers (komfortabler, angenehmer Knast, sauber und weiß wie in Europa) nichts nutzten, wurden revolutionäre Gefangene gewaltsam dorthin verlegt. Jetzt sollen noch mehr Knäste nach dem Vorbild von Eskisehir und deutschen Hochsicherheitstrakten gebaut werden. Das neue Gesetz schreibt vor, daß die linken Gefangenen in Einzel- oder Dreierzellen untergebracht werden sollen. Bis zur Fertigstellung der neuen Knäste sollen sie in den alten Knästen dementsprechend untergebracht werden (die "Amnestie" hat dafür Platz geschaffen). Wir wissen hier, was Isolationshaft bedeutet. Für linke politische Gefangene in der Türkei, die oft seit zehn Jahren im Knast sind, physisch und psychisch durch Folter und Hungerstreiks sowieso geschwächt sind, kann es das Todesurteil sein. Mit Einführung der Iso-Haft nehmen sie den Gefangenen das wichtigste Mittel, um den Knast überstehen zu können: die Sollidarität untereinander und das kollektive Leben, das sie sich im Laufe der Jahre aufgebaut haben. Um gleichzeitig auch den Kontakt nach draußen zu erschweren, wird durch das neue Gesetz der "offene Besuchstag" für linke Gefangene abgeschaffft. Bereits einige Tage nach Verabschiedung des Gesetzes wurde der "offene Besuch" zum "Zuckerfest" verboten. Eine Frau aus dem Menschenrechtsverein, selbst Mutter eines Gefangenen, der vor kurzem entlassen wurde, drückt das so aus: "Sie nehmen uns das, wofür wir jahrelang gekämpft haben. Um unsere Angehörigen zu unterstützen und für das Recht auf offenen Besuch sind wir in Hungerstreiks getreten, haben uns schlagen und festnehmen lassen." Es ist hier kaum vorstellbar, was es für die Gefangenen und ihre Angehörigen und FreundInnen heißt, keinen "offenen Besuch" mehr zu haben. Es nimmt ihnen die Tage, auf die sie monatelang warten, die für sie die großen Feste im Jahr waren.

Landesweit Hungerstreiks der Gefangenen gegen das neue "Anti-Terrorgesetz"

In vielen Knästen der Türkei haben Hunderte von Gefangenen Hungerstreiks begonnen. Die Hungerstreiks laufen jetzt zum Teil schon seit Wochen, ohne daß die türkisch- und deutschsprachigen Tageszeitungen sie bisher auch nur erwähnt haben. Es ist zur Zeit nicht möglich, genaue Angaben über die Anzahl der hungerstreikenden Gefangenen zu machen. Mittlerweile haben die Angehörigen und Menschen aus den verschiedenen Bevölkerungsteilen im ganzen Land mit Aktionen und Protesten gegen das neue Gesetz begonnen, die sich täglich ausweiten. An vielen Orten werden Solidaritätshungerstreiks durchgeführt, illegale Kundgebungen werden veranstaltet und der Menschenrechtsverein hat eine breit angelegte Unterschriftensammlung gegen das Gesetz initiiert. Anfang Juni haben Familienangehörige eine Protestaktion vor dem Parlament in Ankara zur Unterstützung der Hungerstreikenden veranstaltet. Sie wurden von der Polizei brutal verprügelt und auseinandergetrieben, 118 von ihnen wurden festgenommen.

Verhaltet euch solidarisch,
unterstützt den Kampf der türkischen und kurdischen Linken gegen das neue Gesetz !

12. und 13.7. Explosionsfestival in Hannover. (Welfengarten (hinter der Uni)) Festival gegen die Weltaustellung (EXPO) 2000 in Hannover. Freitag ab 16 Uhr: Videos, Mucke, Volxküche, Yok Quetschpower, The Plot (NL), Limbo Zotie (Han), Shifty Sheriffs (Bs). Samstag ab 13 Uhr Veranstaltungen, Austellung, Filme gegn die Expo von dem breiten Spektrum des Anti-Expo-Widerstands. Kabaretts, Kinderprogramm, Volxküche. Ab 20 Uhr: Blechreiz (Berlin), Kamerun News (Han), Nice Boys (Han)
Gruppen aus Berlin, die zur Olympiade arbeiten, können gerne noch mitmachen. Meldet Euch schnell bei uns: Explosionsfestival-Gruppe, Sprengelgelände, Schaufelderstraße 29-32, 3000 Hannover 1.



ROTHENBURGERSTR. 106
8500 NÜRNBERG 70
TEL. 0911/ 288946

Hallo F/Antifas

Am 18.5.91 hat endlich das ABIDoZ in Nürnberg eröffnet.
Ihr erreicht uns entweder über unseren Anrufbeantworter oder meldet euch während unserer Bürozeiten: Montag, 18-21 Uhr.
Wir archivieren Publikationen der "Militanten Rechten", dem "Parteienspektrum" (z.B. Der Republikaner, Dt. Rundschau, Nationalzeitung...), der "Neuen Rechten" (z.B. Wir selbst , Elemente, Junge Freiheit, Zeitenwende, Nation, Europa Vorn, Nation Europa, Criticon, Mut,...), dem religiös/heidnischen Bereich und viele mehr.

Anleitung zur Herstellung von Buttersäure

Die Zutaten sind:
2 Teile Butter
1 Teil Salzsäure
1 Teil Natronlauge
(Salzsäure wird normalerweise verwendet um Abflüsse zu reinigen, oder von wenigen Künstlern um damit auf Kupferblatten zu ätzen. Natronlauge benötigt man/frau um Kästen abzubeizen; und Butter wird zum schmiereh von Broten verwendet.)

Vorweg eiige Vorsichtsmaßnahmen:
Unbedingt Gummihandschuhe verwenden, nur altes geschirr; das besteck könnt ihr danach sowiso wegschmeißen, wenn es aus rostfreiem stahl ist.

Herstellung:

Nehmt die Butter und die Natronlauge und kocht die zutaten in einem hohen Behälter. Wahrscheinlich müßt ihr öfters ein bischen Wasser nachgießen, weil das von der Lauge verdampft. Nach ca. 20 Minuten Kochen auf kleiner Flamme könnt ihr den Schaum, der sich bildet abschöpfen. Wenn sich kein Schaum bildet, kocht das Gemisch zuwenig oder das wasser der Lauge ist verdunstet.

So, nun habt ihr den ersten ausgangsstoff für die Buttersäure, denn der schaum wird schnell zu einer Flüssigkeit.

Wenn ihr jetzt noch die Salzsäure dazugebt, habt ihrs. Gebt die salzsäure langsam dazu, bis aus dem scharfen Geruch ein übler gestank wird.1x schütteln!

Vorsicht: Bei der Reaktion des Gemisches mit der Salzsäure kommt es natürlich zu einer Reaktion. Bei dieser endsteht viel Wärme. Verwendet deshalb kein herkömmliches Glas!

Noch ein kleiner Tip: Je ~~länger~~ älter die Buttersäure ist, desto mehr stinkt sie, weil sie zu gähren beginnt.

SELBSTBESICHTIGUGSSCHREIBEN

IN DER NACHT ZUM 21.5. BRANNTE IN DER MAINZERSTR. (DIESMAL IN NEUKÖLLN) EIN LKW DER FIRMA HAFEMEISTER! (LANG IST'S HER) LAUT B.ZEITUNG WAREN MINDESTENS 8 REIFEN PUTT!

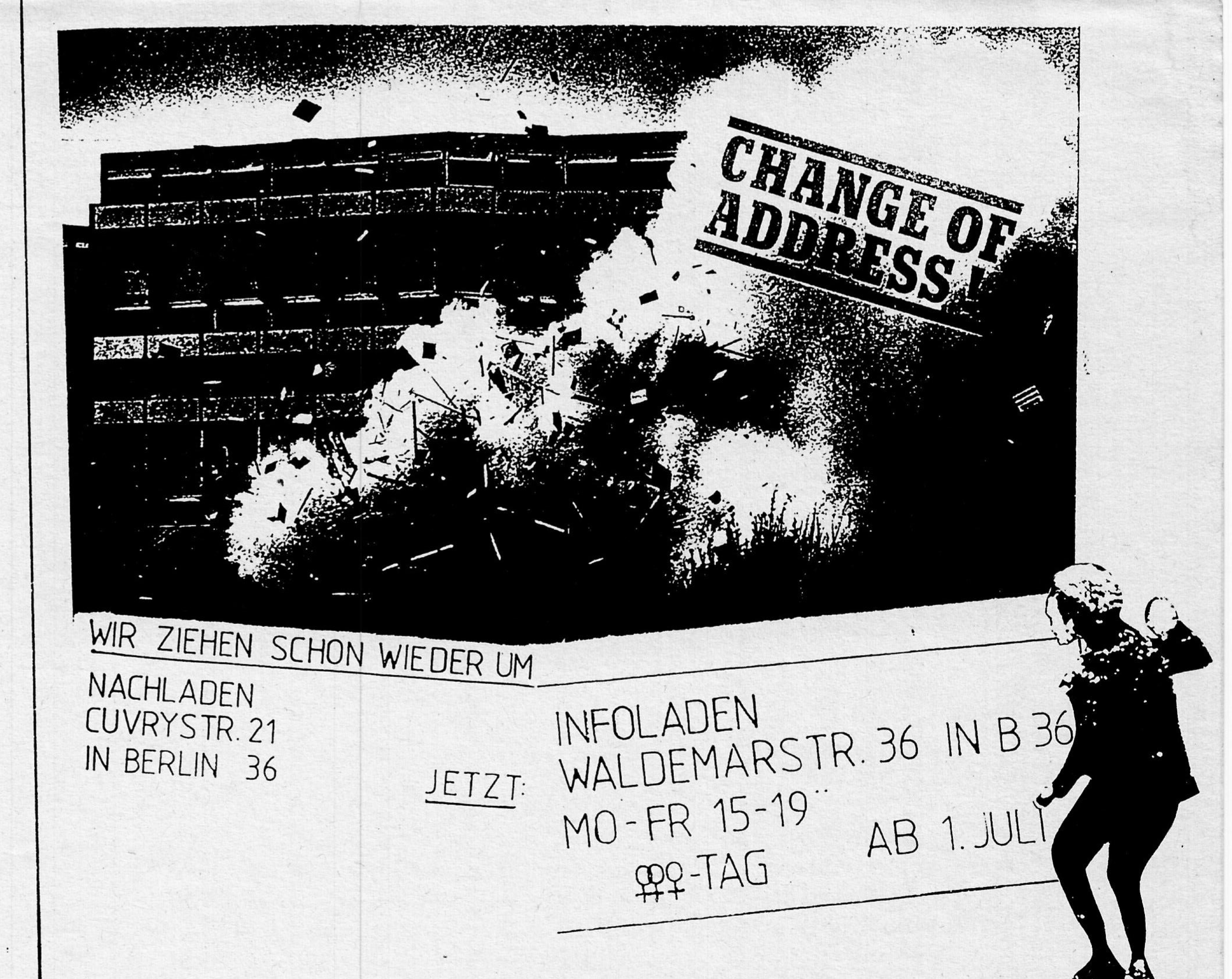
WARUM SO SPÄT DIESER WISCH FRAGEN SICH DIE LIEBEN LESERINNEN! GANZ EINFACH! DER STAATSSCHMUTZ MAG UNS NICHT UND HAT UNSER 1. WERK MIT HILFE DER POST GEKLAUT! ALSO VORSICHT KOLLEGINNEN!!!!

UNSERE AKTION STEHT IN DER KONTINUITÄT DER ANGRIFFE GEGEN EINE HAUPTSTADT BERLIN DER BONZEN, BULLEN, SPEKULANTEN! HAFEMEISTER (HOCHTIEF) MUSSTE WG. DER RÄUMUNG DER MAINZERSTR. DRAN GLAUBEN. ("ENTSORGUNG" DES EIGENTUMS DER BEWOHNERINNEN) MAINZERSTR. IST ÜBERALL!!!

SPEKULATIUS STATT SPEKULANTEN

AUTONOME GRUPPE

"DIE KLEINEN STROLCHE"



Wir haben in der Nacht 17./18.Juni in 3,5 Meter großen Buchstaben mit weißer Lackfarbe "GEGEN HAUPTSTADT BERLIN" auf den gepflegeten Fußballrasen im Olympiastadion geschrieben.
Leider ist uns die Farbe ausgegangen, sonst hätte auch noch "KEIN OLYMPIA" druntergestanden.

Noch ärgerlicher ist, daß das Pokalendspiel am 22.Juni schon wieder auf makellos grünem Rasen stattgefunden hat.

Macht's besser!
Autonomer Dekorationsservice

Zunehmende Angriffe im Umfeld des Düsseldorfer Prozesses!

Während der Bundesanwalt Dr. Peter Morée damit fortfährt, große Summen von Steuergeldern zu verschwenden, in dem Versuch, einen Prozeß gegen Gerry Hanratty und mich zu konstruieren, hat der Grad pro-britischer Einschüchterung im Umfeld des Prozesses unverschämte Ausmaße angenommen. Die Wege, die Britannien und einige ihrer Verbündeten gehen, um Menschen anzugreifen, die mit den RepublikanerInnen sympathisieren, als lächerlich zu bezeichnen, wäre eine Untertreibung, wie der folgende Vorfall zeigt:

Es geht um eine Frau aus Neuseeland, die seit einiger Zeit mit mir Briefkontakt hat und kürzlich zusammen mit ihren 20- und 11-jährigen Kindern nach Europa kam. Vorher arrangierte sie einen Besuch bei mir, der für kurz nach der Ankunft der Familie in London vorgesehen war. Nachdem sie die Kinder dort in einem Hotel untergebracht hatte, flog sie nach Düsseldorf, wo ich zur Zeit inhaftiert bin und wir hatten einen angenehmen einstündigen Besuch. Während diesem erzählte sie, daß sie, weil sie wenig Geld hatte, nach London mit Nachtzug und -Fähre zurückkehren würde. Jede Unterhaltung bei diesen Besuchen wird von den anwesenden Polizisten festgehalten. Wie sich herausstellte, wurde die Reise zu einem Alptraum für die unbeteiligte mittelalte Frau, die nie zuvor in der nördlichen Hemisphäre war.

Bei der Ankunft in Dover am nächsten Morgen wurde sie von britischen Sondereinsatzpolizisten festgenommen, verhört und angegriffen, die sie beschuldigten, eine IRA-Kurierin zu sein und sie und ihr Gepäck wiederholten Durchsuchungen aussetzte. In dieser Nacht, in der ihre Kinder mittlerweile dazugekommen waren, wurde ihr eine exclusion order (Ausweisung) verkündet, mit der Begründung, sie hätte sich "mit Personen getroffen, die als schädlich für das öffentliche Wohl angesehen werden" (genauergesagt, mich in Deutschland besucht zu haben!) und zu dem belgischen Hafen Oostende deportiert, von wo sie die Fähre nach Dover genommen hatte. Wieder in Oostende, wurde sie von der belgischen Polizei festgenommen, die sie derselben Behandlung aussetzte, bevor sie ihr schließlich erlaubten, weiter nach Frankfurt zu fahren, wo sie nach einer 89-stündigen Qual ankam, während der sie nur vier Stunden Schlaf hatte!

Angesichts dieser empörenden Ungerechtigkeiten war diese Frau völlig fassungslos. Sie und ihre Familie hatten Neuseeland während einer wirtschaftlichen Rezession verlassen, in der Hoffnung, im reicheren Europa einen neuen Anfang zu machen. Nun, angesichts ihrer zunichtegemachten Pläne, sich hoffnungslos, demoralisiert und schutzlos fühlend, bleibt ihnen nicht viel anderes übrig, als nach Neuseeland zurückzukehren - unschuldige Opfer der neuen europäischen Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte.
Nachdem sie später Kontakt zu der Frau aufgenommen hatte, brachte meine Anwältin deren Erfahrung und andere Beispiele von Belästigungen im Prozeß zur Sprache, als bezeichnend für britische Versuche, den Ausgang unseres Verfahrens zu beeinflussen. Sie (meine Anwältin) fuhr fort, daß der Bundesanwalt sich mit bestimmten Elementen auf der britischen Seite verbündet habe; dies wurde von Morée nicht bestritten. Meine Anwältin ergänzte, daß sie glaube, daß ihr Telefon abgehört werde. Morées einzige Antwort war ein Schulterzucken, das sei ihr Problem!

Der Vorfall dieser neuseeländischen Frau ist der letzte in einer langen Reihe von Einschüchterungen und Angriffen auf Menschen, die die ihre Solidarität mit uns gezeigt haben. In einem Fall wurde ein Besucher aus Übersee von der deutschen Polizei über drei Stunden festgehalten und verhört, nachdem er das Gefängnis verließ, in dem ich saß. In einem anderen Fall bekam eine Frau in den USA Besuch von drei Wageladungen FBI-Beamter, die aufgrund der Zensur meiner Post durch die Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe kamen und wissen wollten, warum sie mir eine Postkarte schickte! Andere Menschen in anderen Ländern haben ähnliche Besuche von ihren jeweiligen nationalen Sicherheitskräften aus ebenso lächerlichen Gründen bekommen.

Mittlerweile wurde der Grad der Zusammenarbeit von RUC (nordirischer-) und deutscher Polizei weiter unterstrichen im Gefolge eines Besuches eines deutschen Freundes bei meiner Familie in Tyrone, im besetzten Irland. Während er mit einem in der BRD registrierten Wagen einer Bekannten unterwegs war, wurde er mehrfach an Straßensperren britischen Truppen in Tyrone festgehalten und belästigt. Als er wieder in der BRD war, erhielt die Besitzerin des Wagens Besuch von der Polizei, die wissen wollte, warum ihr Wagen im Norden Irlands gewesen war.

Offensichtlich stammen viele dieser miesen Aktivitäten von der durch die Briten beeinflußten Bundesanwaltschaft, die sich große Mühe gegeben hat, die irisch-republikanische Bewegung seit einiger Zeit zu kriminalisieren und die gegenwärtig den laufenden "Prozeß" gegen Gerry Hanratty und mich als Mittel dazu benutzt.

Eine andere Taktik ist gewesen, den irischen Republikanismus als einen Faktor des "internationalen Terrorismus" darzustellen, was den multi-nationalen Charakter der Prozeß-Untersuchungen erklärt.
Unbeschreiblich, der Bundesanwalt hat ein Dutzend internationaler Polizeibehörden beschäftigt, um einen Fall gegen und zu konstruieren - einschließlich einiger so geogrphisch verschiedener wie der israelischen und der australischen Behörden.

Während die pro-britische Position von verschiedenen Justizbehörden für alle klar zu sehen ist, läßt sich das nicht auf die Deutschen im Allgemeinen übertragen und ich wurde von Briefen überflutet von einfachen Leuten, uas allen Altersgruppen und Hintergründen, die ihr Verständnis und ihre Sympathie für den irischen Befreiungskampf ausdrücken, während sie ihre Abscheu über die Art ausdrücken, mit der einige ihrer Behörden sich wie Sklaven in die britische Linie , was Irland betrifft, einreihen.

Diesen Menschen und all den anderen auf der Welt , die wie sie denken, reichen wir die Hand der Solidarität und wiegern uns, von ihnen isoliert zu werden, ungeachtet der Einschüchterungen und Angriffe, die vom miesen kleinen Britannien und seinen Söldnern überall verübt werden.

Gerry McGeogh, Mai 1991

Betr.: VERFASSUNGSSCHUTZ

Seit ca. 2 Jahren besteht die Möglichkeit, - AUCH FÜR IMMIGRANTINNEN U. IMMIGRANTEN - beim Landesamt für Verfassungsschutz einen Antrag auf Einsicht in seine persönl.Akte zu stellen.Für Betriebe gilt das Gleiche.

UNSERE ERFAHRUNGEN HABEN GEZEIGT:

1. nicht allein zur Akteneinsicht zu gehen,
2. sich nicht unvorbereitet dieser Situation beim Landesamt auszusetzen,
3. die dort enthaltenen Informationen gemeinsam mit anderen Betroffenen auszutauschen und aufzuarbeiten,um ggf. ein weiteres Vorgehen zu besprechen.

Dazu bieten wir folgende Beratungstermine an:

Jeden 1.DIENSTAG im Monat von 19-20 Uhr in den Räumen des ERMITTLUNGSAUSSCHUSSES im MEHRINGHOF,Gneisenaustr.2 -Tel. 6922222;

Jeden 1.DONNERSTAG im Monat von 15-17 Uhr im PAPIERTIGER,Cuvrystr.25, 1/36 !



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.



José Barrionuevo,
Ex-Innenminister



José Amedo Fouce,
Polizist und GAL-Mitglied

EIERTANZ VOR GAL-PROZESS

Am 11.Juni sollten vor dem Nationalgerichtshof in Madrid die Prozesse gegen den Unterkommissar José Amedo Fouce und seine "rechte Hand" Michel Dominguez beginnen. Ihnen wird vorgeworfen, von ihrer Dienststelle in Bilbao aus zahlreiche Söldner angeheuert zu haben für Attentate gegen baskische Flüchtlinge in Nordeuskadi und Aktivisten in Südeuskadi, um einerseits die französische Regierung zu einer intensiveren polizeilichen Zusammenarbeit zu bewegen und andererseits in der baskischen Befreiungsbewegung Terror zu verbreiten. Daß hinter den GAL ("Antiterroristische Befreiungsgruppen") die PSOE-Regierung Felipe González' steckt, ist eigentlich klar, z.B. wurden ihre Aktivitäten aus Geheimfonds des Innenministeriums finanziert. Vor allem auch die Zeugenaussagen Felipe González', des Innenministers Luis Corcuera und des Ex-Innenministers José Barrionuevo werden in Euskadi natürlich mit Spannung erwartet - wenn es denn welche gibt, denn der Staat versucht offensichtlich mit allen Mitteln, zu verhindern, daß seine Verantwortung für den GAL-Terror ans Licht kommt:

Bereits am 13.März erklärt der Regierungschef Felipe González, er werde von seinem gesetzlichen Privileg Gebrauch machen, nur schriftlich als Zeuge auszusagen. Neben der Nebenklage der Hinterbliebenen der Opfer gibt es im spanischen Staat die Möglichkeit der "Volksklage", die in diesem Fall Zwei Anwälte im Namen von 104 BaskInnen wahrnehmen. Die Volksklage weist darauf hin, daß die Regelung, von der González Gebrauch machen will, noch aus Francos Zeiten stammt und kündigt eine Verfassungsklage dagegen an.

Mitte März wird der Beschluß des Nationalgerichtshofs bekannt, daß gegen Amedo und Dominguez nicht mehr wegen des Anschlags auf die "Mon Bar" in Miarritze verhandelt wird, bei dem vier Flüchtlinge starben.

Ebenfalls Mitte März lehnt sich der in der fraglichen Zeit verantwortliche Innenminister Barrionuevo u.a. mit folgenden Äußerungen in einem Radiointerview aus dem Fenster: "Amedos Vertrag war vielleicht nicht gerecht, aber legal." - "Amedo war und ist Polizeibeamter. Ich kenne nicht genügend Details, aber es gab nie Klagen über oder Probleme mit diesem Herrn." - "Für jeden Menschen mit einem Minimum an Gespür für Gerechtigkeit muß es seltsam erscheinen, daß (Amedo und Dominguez), die sich der Justiz nie entzogen haben, schon drei Jahre ohne Prozeß in Haft sind."

Herri-Batasuna-Sprecher Jon Idigoras meint nach diesem Interview: "In einer wirklichen Demokratie wäre Barrionuevo auf die Anklagebank gesetzt worden." Weil die Regierung eine Untersuchung über die Verwendung der Geheimgelder des Innenministeriums verhindert habe, gehöre die ganze Regierung vor Gericht.

Am 12.April schickt Barrionuevo ein schreiben an den Nationalgerichtshof. Er sei bereit, dort als Zeuge auszusagen. Der Anwalt der Volksklage Fernando Salas freut sich: "Eine gute Nachricht, denn er ist ein wichtiger Zeuge.(...)Wir werden ihn gründlich befragen."

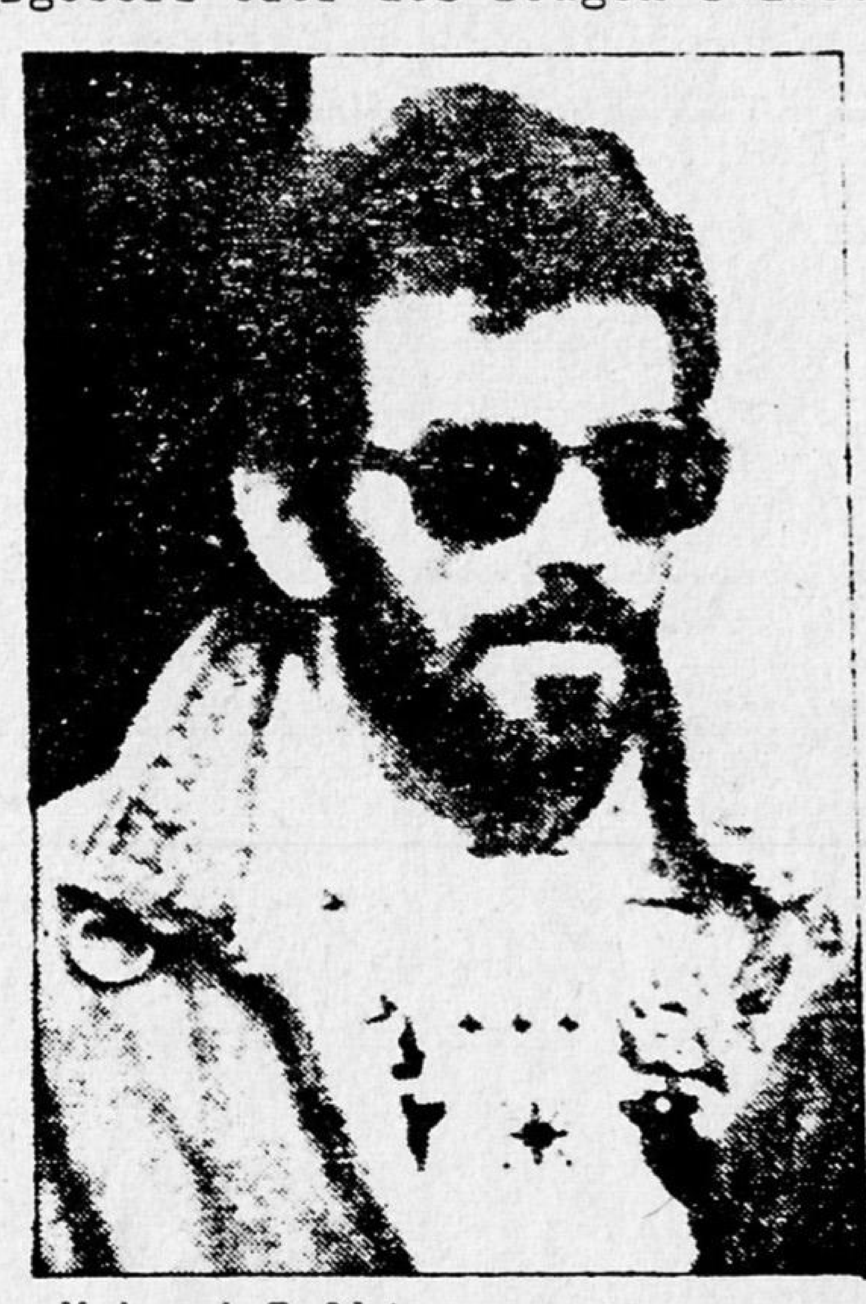
Am 16.4. kann die Guardia Civil einen vom Untersuchungsrichter angeordneten Transport eines Gefangenen, der zum Mord am Herri-Batasuna-Führer Santi Brouard befragt werden soll, "aus Personalmangel" nicht durchführen. Dieser war bereits für den 13.3. geladen worden. Zu der Zeit war er noch frei, konnte aber angeblich die Reisekosten nicht aufbringen, worauf seine Verhaftung angeordnet wurde. Wann die Guardia Civil Zeit hat, teilt sie nicht mit.

Am 17.4. wird durch einen Artikel der "El Pais" bekannt, daß am 25.4. ein Gesetzentwurf eingebracht werden soll, der das Privileg, schriftlich aussagen zu dürfen, auf ehemalige Abgeordnete ausdehnt. Somit wären dann also mündliche Rückfragen und Kreuzverhöre auch gegenüber Barrionuevo unmöglich und es wird sehr unwahrscheinlich, daß er vielleicht doch noch auf der Anklagebank landet.

Am 22.4. verbreitet eine Madrider Zeitung, die Volksklage würde sich zurückziehen, wenn Barrionuevo nicht persönlich vor Gericht erscheint. Fernando Salas dementiert: "Wenn es keine Zeugen gibt, wenn weder Barrionuevo, noch González, noch Corcuera, noch die Söldner erscheinen, die jetzt im Gefängnis sind, ist das ein Skandal, aber das heißt nicht, daß wir uns zurückziehen."

Am selben Tag protestieren diverse Vereinigungen demokratischer JuristInnen gegen das geplante Gesetz. Es wäre unvereinbar mit einem Rechtsstaat, entbinde die Regierenden von Verantwortung gegenüber dem Volk. Es wäre offensichtlich, daß "das Ziel ist, daß eine Reihe konkreter Personen nicht mündlich vor Gericht aussagen muß."

Am 23.4. beantragt die Volksklage, Barrionuevo sofort, vor Verabschiedung des Gesetzes, mit konkretem Datum als Zeuge zu laden. "Eine gegenteilige Entscheidung würde in der Öffentlichkeit den Eindruck erwekken, das Gericht sei untätig und warte auf die Entscheidung des Gesetzgebers oder des Zeugen selbst."



Mohand Talbi,
GAL-Söldner

Ebenfalls am 23.4. wird in Perigueux, Frankreich, im Rahmen eines Ermittlungshilfsersuchens Mohand Talbi im Beisein einer spanischen Richterin 5 Stunden lang befragt. Wegen Teilnahme an der ersten GAL-Aktion, der Entführung von Segundo Marey in den spanischen Staat, war der Söldner 1987 verhaftet und '89 zu neun Jahren Knast verurteilt worden. Bereits am 13.4. war er unter Auflagen freigelassen worden, obwohl noch weitere Verfahren gegen ihn anstehen, wegen des Verschwindenlassens von Joxi Lasa und Josean Zabala und der Ermordung von Mikel Goikoetxea. Für Herri Batasuna sah seine Freilassung so aus, als ob ihm das Abtauchen ermöglicht werden sollte, denn in früheren Vernehmungen hatte er Amedo und Dominguez schon belastet: Amedo hätte ihn angeheuert und Dominguez den Entführten befragt. Diese Aussagen erneuert er. Weiter sagt er: Amedo und der Polizeigeneralinspektor Saénz de Santa Maria hätten den Mord an Santi geplant. Dieses Attentat und weitere 15 Aktionen seinen bei einem Treffen 1983 in einem Hotel in Bilbo besprochen worden, an dem 2 GAL-Gruppen teilnahmen: Eine kam

aus Frankreich, bei dieser sei er gewesen, die andere bestand "aus Ehrenmännern aus Bilbo, die gut gekleidet waren", mit dem "Jahre später von der ETA ermordeten Militärgouverneur"ander Spitze. Amedo hätte sich Santi persönlich reserviert, die Ausführung aber anderen übertragen.

Am 25.4. weist der Oberste Gerichtshof die Verfassungsbeschwerde der Volksklage ab und bestätigt das Privileg González' und Corcueras, nicht mündlich aussagen zu müssen.

Am gleichen Tag entspinnt sich bei einer Pressekonferenz zu einem anderen Thema folgender Dialog zwischen dem PSOE-Führer und Anwalt Ramón Jauregui und dem egin-Vertreter:

egin: Mohand Talbi hat den Staatsapparat mit dem GAL-Komplott in Verbindung gebracht und soziale Gefangene haben den Versuch einer Bildung von GAL in den Gefängnissen öffentlich gemacht. Welche Meinung hat die PSOE dazu?

Jauregui: Das sind Erklärungen, die mir nicht sehr seriös erscheinen, deshalb gebe ich ihnen keine Bedeutung.

e: Erscheinen ihnen diese Erklärungen unseriös, weil sie von...

J: ...weil sie von Straftätern kommen, die im Gefängnis sitzen. Von mir bekommen sie dazu nichts zu hören. Das lehne ich absolut ab. Was weiß ich, was da in den Gefängnissen aufgebaut werden soll, das scheint mir der typische Nährboden für HB und ETA zu sein, um weitere terroristische Gewalt zu rechtfertigen.

e: Dann müssen Herri Batasuna und ETA eine Menge Unterstützung überall im Land haben, wenn das ihr Nährboden ist, wenn über diese Dinge gesprochen wird.

J: Das sind alles Tricks, um zu zeigen, daß es hier Repression gibt und daß sie unterdrückt werden. Ich denke, man muß das richtigstellen, nämlich, daß die Gewalt von ETA ausgeht. Es gibt keine Repression. Dies ist ein Land mit allen Freiheiten und Garantien des Rechtsstaats. Diese ganzen Informationen versuchen grundsätzlich, den Ursprung der Gewalt außerhalb des Terrorismus zu suchen. Und nur sie machen den Terrorismus.

e: Wer konnte nach ihrer Meinung diese sozialen Gefangenen zu solchen Verlautbarungen überreden?

J: Mir scheinen das alles Konstruktionen zu sein, um einen Ursprung zu suchen der Repression und der Gewalt, die es in diesem Land nicht gibt außer bei ETA.

Ebenfalls am 25.4. wird im Parlament mit 176 Stimmen gegen 64 Stimmen und zwei Enthaltungen das Gesetz verabschiedet, das auch früheren Regierungsmitgliedern erlaubt, Zeugenaussagen schriftlich zu machen. Zu allem Überfluß wird noch der Vorwurf laut, die Auszählelektronik sei manipuliert worden, eine Nein-Stimme sei als Ja registriert worden. Ein PSOE-Abgeordneter beendet die Debatte um eine Wiederholung mit den Worten:"Es war die absolute Mehrheit und Punkt."



(Schriftliche Aussagen)

"El Mundo"

Jede Einberufung ein Skandal!

DESHALB :
Montag 9 Uhr morgens Hauptbahnhof Ost-Berlin

1. Juli

Aktionen und Kundgebung

(Aktionsplanung 23.6.91 19 Uhr Tagungsetage, Badensche Straße 29,W-Berlin 31)

Mittwoch 26. 6 20 Uhr Gethsemanekirche

* Beratung für Wehrpflichtige
* Aktionsbesprechung zur Rekrutenverabschiedung
* **Konzert**

Veranstalter : Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Badensche Straße 29, W-Berlin 31, Mo-Fr 10-18 Uhr Tel.: 8621331 ; Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer, Frankfurter Allee 286, 0-Berlin 1130, Do 19-22 Uhr Tel.: 5251928
ViSdP : Lothar Scholz, Berlin 51

Rekrutenverabschiebung

stellungnahme zum 1. mai 1991

in schöner regelmäßigkeit erreichen uns nach ablauf von diesem denkwürdigen ereignis die stellungnahmen - die aus der szene etwas verspäterter wie die aus der bürgerlichen presse. wie letztes jahr (1.mai 1990) überlegten wir auch diesmal, ob wir etwas dazu schreiben, uns also einklinken in den alljährlichen reigen der oft unsäglichen statements zum sinn/unsinn von militanz an diesem tag. nachdem wir begierig und in der hoffnung endlich einmal ein fundierte kritik zum schon erwähnten spektakel die interim 146 aufgeschlagen hatten - um sie danach enttäuscht und entnervt wegzulegen- haben sich einzelne von uns entschlossen in die auseinandersetzung darum (die eigentlich keine sind) hinein zu "intervenieren". ein widerspruch? sicher! aber was soll's.
wir denken, daß eine diskussion nicht auf jener basis einer selbstgefälligen, zynischen, wohl auch vor allem berlinspezifischen metropolenarroganz(!) geführt werden kann, die die berichte der letzten zwei jahre kennzeichnen.
wir denken weiterhin, daß erst die "holzhammermethode" einer bewußt überspitzten polemik unsere abgestumpften metropolenbewußtseine wachkitzeln kann. leider. aber wohl der einzigste weg um der achselzuckenden, resignativen ignoranz aus der autonomen szene berlins etwas entgegenzusetzen.
die frage auch für uns, ob das **so** überhaupt einen sinn macht. trotzdem hoffen wir - als auswärtige autonome, die sich am 1.mai beteiligt hatten - auf eine heftige reaktion eurerseits aus berlin. zu der aufforderung einer öffentlichen diskussion über den 1.mai, datiert auf den 12.mai, können wir als auswärtige wenig zu sagen - außer, daß ihr das selbst klären müßt und es in gewisser weise ein spiegelbild einer desolaten situation beinhaltet, von dem unsere städte nicht ausgenommen sind. zu punkt drei der einladung: "*Die abendrandale. dazu fällt uns nichts mehr ein....*"usw. - uns auch nicht! wir allerdings suchen nach den ursachen dafür und stellen nicht nur (hilflos) fragen in den raum. wer sollte sie denn beantworten, wenn nicht wir?
eine der ursachen könnte das ritual der vorbereitung sein, welche wir aber nur teilweise mitkriegen konnten. an dem punkt sind wir auf ein entscheidendes dilemma gestoßen: die fehlenden verbindlichen kommunikationsstrukturen von uns nach berlin. den ball müssen wir allerdings zurückgeben. es ist ja nicht so, daß wir einfach ins blaue hineinfahren. da haben sie leute schon um genaue informationen zu dem verlauf des ganzen, einschätzungen, alternativen zum wie gehabten randale-ritual, bemüht. leider vergeblich. wie der bekannte nebel an der themse. vor lauter dunst (der ungewißheit) nix mehr erkennbar. auch aus "gewöhnlich gut unterrichteten kreisen" konnte uns niemand genaueres sagen. und wieder dieses achselzucken: "na klar, es wird irgenwann und irgendwie randale geben...". punkt.
da sind wir doch einigermaßen sprachlos. das ganze jahr war zeit genug sich über diese problematik gedanken zu machen, sich alternativen zu überlegen... glaubt ihr dennn im ernst durch ein rein "technisches" abchecken des organisatorischen rahmens (lautsprecherwagen, kundgebungsleitung, etc.) **ein paar wochen vorher** könntet "ihr" einen entsprechenden ablauf gewährleisten? wir nicht. und wir nehmen euch eurere angebliche blauäugigkeit an diesem punkt nicht ab. ihr habt - als mehr oder weniger organisierte autonome zusammenhänge in berlin - eine gewisse verantwortung für den ablauf des ganzen, da kann mensch sich nicht stillschweigend wegstellen oder so tun, als ob mensch damit nichts (mehr) zu tun hätte.

wir glauben vielmehr - und das ist allerdings erstmal eine unterstellung -, daß ihr mit der militanz, die sich gerade auch am 1.mai auf den straßen artikuliert, nichts mehr anfangen könnt, weil sie nicht in euer straightes autonomes weltbild einer vermittelbaren, zielgerichteten, antipatriarchalen, antisexistischen, antirassistischen usw. gewalt der "unterklassen" oder "randgruppen" (früher "lunpenproletariat" genannt) hineinpassen. der traum ist aus. die menschen, um die es geht, werden sich wenig um solcherart autonomes anspruchdenken scheren. für sie gibt es 1000 gute gründe sich gegen ihren rassistisch-sexistischen alltag zu wehren- und sei es nur durch ein paar steine auf irgendwelche bullenwannen am 1.mai. die werden uns auch in zukunft nicht fragen, ob sie das auch dürfen. wenn schon einige - spätestens nach dem 1.mai 1987- das "revolutionäre subjekt" in kreuzberg und anderswo entdeckt haben wollen, so sollen sie sich doch auch nicht um die "unschönen" begleitereignisse und folgeerscheinungen solcherart stilisierungen eines ereignisses, also den ausbruch sozialer, revolutionärer gewalt mit all seinen widersprüchlichkeiten, herumpissen. mensch kann sich eben nicht nur die rosinen aus dem kuchen picken, liebe genoss/innen! vom riot zur revolution? für viele aus der szene wohl keine frage mehr. stattdessen lesen wir in einem artikel der interim 146 folgendes: *"(...) nach den riots '87 entdeckten die autonomen theoretiker die wut der klasse. sie gedachten, sich das potential der randgruppen für ihre strategien nutzbar zu machen. mittlerweile ist es wohl umgekehrt. die kids und gangs benutzen demo und fest als bühne für ihr spiel. uns geht es da wie goethe's zauberlehrling "die geister, die ich rief, ach, werd ich nun nicht wieder los" (oder so ähnlich). der ganze schmus mit vorrevolutionär und antipatriarchal ist ihnen scheißegal. die gute alte szeneweisheit "ohne bullen kein krawall" wäre für sie eine enttäuschung. dann wird eben so lange mit dem feuer gespielt, bis sie denn kommen. uns geht es um instandbesetzung, bleiberecht für alle, freiheit für el salvador und schlimmstenfalls um die vermittlung von inhalten. ihnen geht es um action, streetwise, live und in farbe, hauptsache es knallt.(...)"* da ist uns doch die klappe runtergefallen. die entpolitisierung einer randale kennen wir bislang nur aus der bürgerlichen presse. wir sagen allerdings auch, daß die angriffe auf die dea-tankstelle ausgemachter schwachsinn waren, weil a. der falsche ort und b. **zu früh**. darauf waren wir nicht vorbereitet. mit einer derart verallgemeinernden kritik an alles und jeden, also das ganze zu einem "spielchen" zu denunzieren, was da einige mit den bullen treiben, wir meinen, dadurch betreibt mensch objektiv das geschäft der gegenseite. es wird von "kids" und "gangs" geredet, die uns alle angeblich funktionalisiert hätten - wir glauben eher daß der verfasser dieses artikels sie für seinen defätismus funktionalisieren will. und wiederum stellt sich für uns die frage: warum gab es keine absprache mit den streetgangs etc. in puncto friedliches fest? oder anders: warum habt ihr diese leute nicht erreicht, die jetzt in diesen artikeln so vehement kritisiert werden? vielleicht weil die organisierten, autonomen zusammenhänge in dieser stadt keine brauchbare alternative darstellen /vorstellen konnten - und auch nicht wollten?
Vielleicht geht es den gangs, bzw. den leuten, die den putz am fest angefangen haben, auch so ähnlich wie uns als auswärtige: das sie - wie wir - nicht so genau wußten, woran mensch bei euch ist, d.h. nie so ganz nachvollziehbar war, was nun gruppen- oder einzelmeinung bedeutet.
Ihr als "szene" (bzw. als politische zusammenhänge/organisatorinnen) habt auch nicht eindeutig genug vermittelt, was ihr wollt- und was

ihr auf keinen fall hinnehmen werdet (von der rim-geschichte mal abgesehen). wir können uns nämlich sehr genau daran erinnern, daß nach unseren nachfragen stimmen kamen, die zwar ausdrücklich sagten, daß auf dem fest nichts laufen sollte (da haben wir uns im übrigen auch daran gehalten), jedoch mensch nichts dagegen hätte, wenn die umliegenden straßen zum kampf gegen die umstrukturierung genutzt werden.... na ja....
wir haben uns schon damals gefragt, wie das funktionieren soll, ohne daß das fest zwangsläufig in mitleidenschaft gezogen wird.
konsequent wäre gewesen - wenn schon für ein friedliches fest am lausitzer plädiert wird - den bereich kreuzberg von jeglichen aktionen auszusparen. und das ggf. auch durchzusetzen , z.b. im vorfeld durch ein massenhaftes verteilen von flugblättern (auch und gerade in türkischer sprache) im kiez. unseres wissens ist das nicht gelaufen. wenn von euch in der einladung zum 12.mai fragen aufgestellt werden ob das noch in der qualität die gleiche revolte wie vor vier jahren ist, und inwieweit sich die einzelnen subjekte darin geändert haben, so können wir euch nur beipflichten, sich darüber mal verschärft gedanken zu machen. aber fangt mal bei euch an! (tun wir nämlich auch)
uns ist schon letztes jahr aufgefallen, daß die sogenannten "handelnden subjekte" auf der straße längst nicht mehr zur autonomen szene gehören, die sich immer mehr zurückzieht, dafür aber kluge analysen verfaßt (meistens hinterher).
wir glauben, unser hauptproblem liegt derzeit in der stilisierung autonomer politik und deren kampfmittel. stilisierung schreibt rollen fest, und das heißt auch immer die eigene. stilisierung läßt allein, weil es fragen und probleme aufteilt bzw. zuteilt, die eigentlich alle angehen. und vor allem: stilisierung baut sockel, von denen der sturz um so schmerzhafter und schwerer erklärbar und vermittelbar ist!
eine szene, die sich jahrelang darin gefallen hat völlig unreflektiert den "riot" an sich (*von kreuzberg bis kapstadt, von st. pauli bis brixton*) als vorevolutionären akt hochzustilisieren, die eine plünderung z.b. vor allem als ein "*subjektives moment der befreiung*" definieren, darf sich nicht wundern (und vor allem nicht jammern), wenn einige sie zu gut verstanden haben.
"es scheint eine verkehrte relation zwischen der tatsächlichen stärke von bewegungen und ihren jeweiligen zielprojektionen zu geben. je weniger greifbar die zukunft ist, desto plastischer wird sie ideell vorweggenommen. wo sich resignation breitmacht, wuchern gleichzeitig wilde phantasien von einer befreiten gesellschaft."(rz)
die frage der gewalt stellt sich den massen (also uns) nie abstrakt oder formal. im prozeß der durchsetzung von interessen taucht sie auf und wird wird in den jeweils konkreten zusammenhängen beantwortet werden müssen.
eine antwort auf die sozialen fragen finden zu wollen, darf nicht dazu führen, in den sog. "riots" die revolutionäre praxis an sich zu sehen, neben der alles andere unwichtig erscheint. denn dann wird eine zwar berichtigte, aber dennoch ohnmächtige handlung zur handlung der ohnmächtigen.

in diesem sinne....für eine fetzige auseinandersetzung!

autonome 1.mai-heimkehrer/innen aus verschiedenen städten

<DA IHR DAS JA EH NOCHMAL ABTIPPT , KÖNNT IHR JA AUCH GLEICH DIE VORHANDENEN RECHTSCHREIBFEHLER UND KOMMAFEHLER VERBESSERN....ÄHEM,..JA....DANKE, >

CARAVANE GEGEN DAS EUROPA DER BONZEN



Das vereinigte Europa steht vor der Tür. E'92 kann als Sammelbegriff gelten für jede Menge Böses, das demnächst auf uns zukmmt bzw. schon da ist.: Über Umstrukturierung, Repression u.a. gegen Häuserkampf, Verschärfung der AusländerInnengesetze bis hin zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Im Sommer 91 gibt es eine Caravane gegen genau dieses Europa der Reichen. Entstanden ist die Idee beim internationalen Infoladentreffen. Wir wollen - ähnlich wie die CLASH - einen Beitrag leisten zur Vernetzung von europäischen Widerstandsstrukturen. An der Vorbereitung sind Menschen aus verschiedenen , hauptsächlich nord-europäischen Ländern beteiligt.

Losgehen wird es am 15. August in Den Haag. Dann folgen Doetmund, Frankfurt, Linz, Milano, Bern,Lyon, Barcelona und Donostia (: San Sebastian).

Zusammen mit den Menschen in den Städten, die wir besuchen, soll ein Austausch auf politischer und kultureller Ebene stattfinden. Die inhaltliche Vorbereitung der Caravane selbst wurde begrenzt auf drei Themenschwerpunkte :

- Repression / Kriminalisierung
- MigrantInnen
- Struktur der EG

Wir arbeiten an diesen Punkten vor allem unter den Aspekten : Welche Pläne und Strategien stehen dahinter? Welche Auswirkungen hat das auf die lebenssituation(en) in Europa? Was läuft an Widerstand dagegen?

Das Programm in den Städten hängt natürlich von den Leuten ab, die da was vorbereiten.

Wir wollen jedoch keine trockene Vortragsrundreise veranstalten, sondern viel von den verschiedenen Ländern mitkriegen, reden und feiern. Wichtig ist uns auch, uns unsere Kultur zu vermitteln, nicht nur als Teil eines Konsumprogramms, sondern auch zum selber (mit)machen.

Als Vorberietzung wird es eine Broschüre in mehreren Sprachen geben, in denen die Themenschwerpunkte genauer behandelt werden. Weil wir nicht nur 2 Monate lang Urlaub machen wollen, planen wir einen weiteren Reader, eine Art "Caravanen- Tagebuch" zwecks Nachbereitung damit die Erfahrungen, die wir machen, auch weiter vermittelt werden.

Die Caravane ist offen für alle, die Lust zum mitfahren haben. Es gibt einen Bus mit ca. 40 Plätzen, wenn der voll ist, muß eine eigene Fahrmöglichkeit organisiert werden.

Es ist notwendig, daß MitfahrerInnen sich vorbereiten : wir wollen, wie gesagt, nicht nur Urlaub machen, sondern etwas nvon unserem Wir Widerstand in der Stadt/ im Land vermitteln und von anderen über ihren Widerstand lernen. Zudem gibt es während der Caravane viel zu tun: Kochen, Kinderbetreuung, Technik, Zelte auf- und abbauen, Schutz etc.

So eine Caravane kostete natürlich Geld . Deshalb brauchen wir dringend Unterstützung in Form von Spenden. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt : Solifeten und -konzerte, Sammelbüchsen, Bankraub,....

Mehr Infos für Leute, die ganz oder teilweise mitfahren wollen gibts entweder im

INFOWINKEL ASSATA
2e Walstr. 21
6511 LN Nijmegen
Holland

oder hier in Berlin am

DONNERSTAG 4.JULI

19°° UHR

BLAUER SALON
MEHRINGHOF

am **5., 6. und 7. juli 1991** machen wir, menschen aus unterschiedlichen initiativen und verschiedensten bayerischen städten, ein **camp bei aichach**. von dort aus wollen wir zum knast gehen, in der aichacher innenstadt mit büchertisch und kultur präsent sein und wenn es klappt, ein konzert vor dem knast machen.

entstanden ist die idee im zusammenhang mit der vorstellung der angehörigen der politischen gefangenen, bundesweit wanderkundgebungen vor den knästen anzupacken und damit in aichach zu beginnen. wir haben uns dann zusammengesetzt und überlegt, was wir selbst für die zusammenlegung (zl) der gefangenen machen wollen und können.
die notwendigkeit, mehr initiativkraft zu entwickeln, war uns allen klar. die situation in den knästen hat sich verschärft u. die herrschenden führen seit wochen mit hilfe der medien eine massive propagandahetze gegen die gefangenen u. gegen alle menschen, die widerstand leisten, durch: angefangen von der zellensteuerungstheorie, wonach die gefangenen die aktionen draußen bestimmen sollen, über die "raf-stasi-connection" bis hin zur völligen geschichtsverdrehung über die kronzeugInnenprozesse. die köpfe der menschen werden fast täglich mit diesem dreck zugeschüttet. es gibt bereits fertige pläne dafür, die im hungerstreik (hs) 89 erkämpften kleingruppen (vor allem die in köln-ossendorf zusammengelegten 4 frauen) wieder auseinanderzureißen. gleichzeitig haben sie wieder ermittlungsverfahren nach §129a "werbung für eine terroristische vereinigung" eingeleitet, in denen die zl-forderung kriminalisiert wird.
es geht den herrschenden darum, die gefangenen u. damit die vorstellung der umwälzung der verhältnisse hin zu einer menschenwürdigen gesellschaft völlig zu isolieren. keiner soll mehr wagen, auch nur daran zu denken, gegen ihren machtapparat anzukommen u. für ein leben ohne ausbeutung, konkurrenz und profitgier zu kämpfen.

eines ihrer wichtigsten instrumente hier in den metropolen (dafür) ist isolation und spaltung der beherrschten untereinander.
die isolierung der gefangenen von uns und voneinander, die spaltung von uns und den hier lebenden ausländischen menschen...
genau dagegen wollen wir uns räume erkämpfen, kollektive lebens- u. kampfstrukturen entwickeln, u. uns gegen ihren machtapparat durchsetzen, der weltweit hunger, elend und entmenschlichung produziert.
daß die gefangenen zusammenkommen wollen, ist die natürlichste sache der welt - und auch wir brauchen die auseinandersetzung mit ihnen, ihre erfahrungen, um weiterzukommen.
gerade jetzt, wo die kapitalistischen länder des nordens zu einem neuen sprung gegen den trikont ansetzen und die lebensbedingungen hier zunehmend von rassismus, sexismus und der ausgrenzung eines drittels der gesellschaft geprägt sind.
in dieser situation ist es notwendiger denn je, einen neuen anlauf zur durchsetzung der zl zu wagen.

wir hatten nach dem letzten hs einige initiativen gemacht - waren in aichach u. straubing vor dem knast und haben veranstaltungen organisiert. für uns selbst aber haben wir bisher daran wenig entwickelt u. es blieb das gefühl, wir waren mal kurz da u. damit erstmal wieder fertig. aus dieser unzufriedenheit ist dann die idee mit dem camp entstanden. es bietet uns möglichkeiten für die verschiedensten initiativen, wir haben raum für diskussionen, können zusammen feiern, essen, uns die tage selbst organisieren - und wir sind endlich etwas länger vor ort präsent.
die jesuiten aus der initiative für freie politische diskussion werden schon vor uns da sein u. versuchen, einen gruppenbesuch bei den in aichach inhaftierten frauen, claudia wannersdorfer (gefangene aus dem widerstand), brigitte mohnhaupt und manuela happe (gefangene aus der raf) durchzusetzen.
claudia ist infolge der isolationshaft an epilepsie erkrankt u. hatte schon mehrere - durch die krankheit hervorgerufene - anfälle, bei denen sie sich auch schon mehrmals verletzt hat. jedesmal entsteht auch für sie eine lebensbedrohliche situation dadurch.
claudia ist haftunfähig! während claudia und manuela sich täglich 1 stunde beim hofgang sehen können, ist brigitte von den beiden vollständig isoliert.

näheres bei rückfragen u. -meldungen bei:

infobüro nürnberg oder	gnn-verlag
c/o bücherkiste	ak knast
schlehengasse 6	holzstr. 2
8500 nürnberg 1	8000 münchen
tel: 0911/22 65 98	tel: 089/2603840
(fr. v. 17.00 -19.00 uhr)	

__Freitag, 5.Juli__
Anreise, Austausch ...
ab 15°° Uhr Infotisch am Marktplatz
Abends Volxküche im Camp

__Samstag, 6.Juli__
ab 9°° Uhr Infotisch am Marktplatz
ab 11°° Uhr Kundgebung der Angehörigen
14°° Uhr DEMO zum Knast
ab 19°° Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Angehörigen, ehemaligen Gefangenen, der 'Initiative für freie politische Diskussion' und einem Video

__Sonntag, 7.7.__
Nachmittags Konzert vor'm Knast (wenn's klappt)

WIR SIND NICHT ALLE, ES FEHLEN DIE GEFANGENEN!

FÜR DIE ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

FREILASSUNG DER HAFTUNFÄHIGEN - GÜNTER, BERND, CLAUDIA UND ALI!

FÜR KRAFTVOLLE TAGE IN AICHAICH - KOMMT MASSENHAFT!

v.i.s.d.p. magda sturm, wilde promenade 13, berlin

Wagenburgen und Umstrukturierung

Bezirksamt Mitte von Berlin | **BERLIN**

Bezirksbürgermeister

Bezirksamt Mitte von Berlin, Alexanderplatz 1, Berlin 1020

Geschäftszeichen
(bei Antwort bitte angeben)

Am 16. Juni besuchte uns Benno Hasse, Bezirksbürgermeister von Berlin Mitte, ehemals Bündnis '90 heute parteilos und brachte uns den abgedruckten Brief vorbei.

04.06.1991

Liebe Bewohner der Wagenburg,

ein Jahr ist eine kurze Zeit. Im Mai 1990 bot ich Ihnen, da die Dresdener Straße frei sein mußte, für ca. 2 - 3 Jahre den Platz an, auf dem Sie jetzt niedergelassen sind.

Im Jahre 1992 und in den darauffolgenden Jahren wird sich einiges grundlegend ändern. Es wird hier gebaut werden.

Im Rat der Bürgermeister wurde dieses Problem und das der Bewohner des ehemaligen Grenzgebietes erörtert.
Sie sollten sich mit dem Gedanken vertraut machen, einen anderen Wohnplatz zu suchen.
Zur Zeit steht im Angebot der Campingplatz "Karl Marx" in der Wuhlheide. Er steht auch nur als einziges Angebot zur Verfügung. Hier gibt es Toiletten- und Wasseranschluß.
Bei Nichtbeachtung der hygienischen Vorschriften müssen Sie allerdings mit Konsequenzen rechnen.

Des weiteren bitte ich Sie, den jetzt genutzten Platz aufzuräumen und in Ordnung zu halten.
Sie sollten von der Berliner Stadtreinigung Sperrmüll-Container anfordern. Die dafür notwendigen Kosten gehen zu Ihren Lasten.

Mit freundlichen Grüßen

Benno Hasse
B. Hasse

Im darauffolgenden Gespräch kamen noch einige Fakten zur Sprache, sowohl was die weiteren Pläne in Bezug auf was die Wagenburgen angeht, als auch auf einige Umstrukturierungsmaßnahmen hier in Berlin, wobei beides Hand in Hand geht.
Es wird versucht dies hier einigermaßen zusammengefaßt wiederzugeben. Der angebotene Platz befindet sich in der Wuhlheide, Köpenick Oberschönweide. Beim erwähnten Campingplatz handelt es sich um einen ehemaligen FDJ-Platz, der erst zur Olympiade 2000 umgebaut werden soll (die gehen schon fest davon aus, daß die Olympiade hier stattfinden wird). So ist dieser Platz auch nicht weit vom nächsten Fußballstadion entfernt...
Aber das ist laut B. Hasse kein Problem.

Desweiteren sollen auf diesem Platz alle Wagenburgen, die jetzt auf verplantem Gelände stehen, untergebracht werden. Als Bedenken geäußert wurden, mit zuvielen Menschen auf einem Platz zusammenzustehen, erwiderte Hasse wörtlich: 'Wenn 700 000 Leute was wollen, und 40 000 was anderes, halte ich natürlich zu den 700 000.' (Ein echter Demokrat!).
Auf dem Gelände der Wagenburg Waldemarstr. soll sozialer Wohnungsbau betrieben werden; das Engelbecken wird wieder aufgebaut(Kanal, Bäume, etc.); längs der Spree, auf der Seite der Köpenickerstr., soll eine Uferpromenade bis zum Alex entstehen. Die Gewerbehöfe werden zurückgesetzt, die Wagenburg hier muß verschwinden, die Schillingbrücke wird 4-spurig ausgebaut.
Auf der anderen Seite der Spree befinden sich zwei Wagenburgen (ehemals Wilhelmstr./Tommyhaus, umgezogen wegen Räumungstitel). Eine hinter der East Side Galerie, einem ca. 1 km langen Rest Mauer, das nach der Maueröffnung von Künstlern bemalt wurde. Die Mauer soll auf Wanderschaft rund um die Welt gehen und das Ufer mit 2 bis 3 Sterne Hotels und Dienstleistungsgewerbe zugebaut werden.
Auch zu anderen Sachen äußerte er sich; 'rund um den Alex werden Hochhäuser hingeknallt und den größten Teil des Gebietes rund um den Reichstag hat sich der Bund unter den Nagel gerissen. Da können wir nicht viel machen, die haben ein Anrecht darauf und wir keinen Einfluß mehr'. Für alle Baukonzepte werden Wettbewerbe ausgeschrieben, die für den Ostteil von 3 auf 1 Jahr verkürtzt werden, so daß spätestens '92 mit dem Bauen angefangen werden kann.
Der Ministergarten wird dort begrünt (haben sie jetzt zur KSZE ja schon) und für's Fußvolk gesperrt. Positiv führte B. Hasse auf, daß der innere Berliner Ring durch Bürgerproteste verhindert wurde, und wir sollten uns, falls uns was nicht paßt an die Bürgerinis wenden. Auf den Einwurf, daß es die Tendenz gäbe, (alternative) Projekte, Objekte, die nicht ins Konzept passen, in Außenbezirke abzudrängen, sagte Hasse wörtlich: "Ja aber damit müssen wir uns abfinden!". Das wollen wir mal sehen, ob wir uns damit abfinden, aber es sieht düster aus, das ist sicher!
Ja, und einen Satz sagte B. Hasse noch, der bei uns ein müdes Lächeln hervorrief: "Heutzutage wird nichts mehr mit Gewalt gelöst, die Zeiten sind endgültig vorbei!" (Ein naiver Demokrat auch noch, der das in der Tat ernst gemeint hat).

Das Heulen und Zähneklappern wird hier sicher noch ausbrechen, nicht nur in den Wagenburgen, wenn nicht langsam mehr Leute in die Pötte kommen um etwas gegen die, auf Hochtouren laufende, Umstrukturierung zu machen!

Außerdem:

die Wagenburg "Schwarzer Kanal" → Schillingbrücke/Fritz-Heckertstr. Berlin Mitte

macht jeden Sonntag ab 21.00 Uhr

Volxküche und Filmvorführung

Bei jedem Wetter !!!



Berlin, Juni 91

Liebe Leute,

der Fußball geht jetzt so langsam in seine Sommerpause, und auch für die A.F.F.I. heißt das: Zeit zum Durchatmen, Rückblick auf die erste Antifa-Fußballsaison in Berlin. Wir haben viel rumgerödelt, uns die verschiedenen Stadien und Fanszenen angeschaut und mittlerweile einen ganz guten Überblick.
Was überhaupt nicht gut läuft bisher ist Euer Feedback, Euer Einklinken, in welcher Form auch immer. Die Linke und der Fußball haben wohl Berührungsängste, wir sind in der A.F.F.I. zur Zeit ganze vier Leute, da läßt sich nicht viel mit reißen. Außer uns vieren gibt es aber doch eine Menge Leute, die sich mit Fußball beschäftigen, wovon auch viele Leute selbst Fußball spielen wollen. Es geht jetzt darum, Euch alle mal an einen Tisch zu kriegen und dann gemeinsam ein paar Dinge besser ans Laufen zu kriegen.
Hiermit seid Ihr herzlich eingeladen zum

1. Berliner Fußballpalaver
o3. Juli, 2o Uhr, im Umsturz/Wedding

Wir haben seit kurzem im Umsturz, einer Kneipe, den Mittwoch als festen Tag übernommen, machen dort von 19 Uhr an den Tresen und planen ein fußballerisches Beiprogramm. Leider ist die Zukunft des Umsturz unklar, möglicherweise ist Ende August Schluß (Ärger mit dem Hausbesitzer wg. Unterpachtvertrag). Die Kneipe liegt am Sparrplatz (Ecke Burgsdorfstr.), U-Bhf. Wedding oder Leopoldplatz. Auch wenn der Wedding weit weg ist, schaut doch mal rein!
Ansonsten sind wir über unseren Briefkasten im Infoladen Daneben in der Rigaer 84 erreichbar (Friedrichshain). Eine Westadresse suchen wir noch. Mittwochs im Umsturz könnt Ihr uns auch telefonisch erreichen: 4617432.
In der Sommerpause haben wir zwei große Dinge vor: das Antifa-Turnier am 13./14. Juli in Kreuzberg, Sportplatz Lobeckstraße, und den Ausbau unseres geplanten Fanladens in der Dunckerstraße, Prenzlauer Berg. Für beides brauchen wir dringend Hilfe!
Das Fußballturnier (Einladung anbei) soll ein großes Fest werden mit etwa 15 Berliner Teams und fünf auswärtigen Mann/Frauschaften. Wir brauchen dafür noch schlafplätze! Außerdem suchen wir Leute/Gruppen, die auf dem Turniergelände Stände machen können/wollen. Auch das TeilnehmerInnenfeld ist noch nicht komplett, wer kennt noch Mann/Frauschaften, die eingeladen werden können?
Der Laden in der Duncker 14 soll als zukünftiger Treffpunkt für die Fußball-Antifa ausgebaut werden. Es steht eine komplette Renovierung an, oder besser: eine grundlegende Restaurierung, denn das Haus ist ziemlich fertig. In der Dunckerstraße treffen wir uns die näxten Male am 25. o6. / 27. o6. + o2. o7. Ab 1o/11 Uhr starten wir mit einem Frühstück in den Tag, danach geht's dann frisch ans Werk. Es wäre schön, wenn mal ein paar Leute zum Mithelfen auflaufen würden. Der Laden ist im zweiten Hinterhof in der rechten Ecke.
Am 29. Juni machen wir einen Infostand auf dem Straßenfest in der Nienwalder Straße (mit autonomer Torwand...).
Alles weitere dann am o3. Juli beim Fußball-Palaver, kommt zahlreich und mit vielen Ideen und Tatendrang. Es gibt viel zu tun, packen wir's an.

Mit lieben Grüßen

Eure A.F.F.I.s



donnerstag 27.6.

frauen- und lesbenabend
hexenküche mit salatbuffet
x-b-liebig liebigstr. 34
b-friedrichshain

21 uhr
"intifada - der aufstand"
infoladen daneben rigaerstr. 84
b-friedrichshain

freitag 28.6.

17 uhr
diskussion /veranstaltung
"nicht ohne meine Tochter" und
frauenleben im iran - mit frauen
der autonomen iranischen frauen
bewegung
infocafe nostitzstr. 49 1/61
ladies only

18 uhr
2. treffen prozessbetroffener zu
z. zt. laufenden strafverfahren
rund um die anto-kriegsaktionen
vom letzten winter
blauer salon mehringhof gneisenau
str. 2 1/61

samstag 29.6.

"5 jahre autonomer krümelladen"
kiezparty im syndikat weisestr. 56
1/44

21 uhr
"zaffaraya"
video über die "freie republik zaffaraya"
in bern
infoladen daneben

sonntag 30.6.

11 uhr
frühstück
13 uhr
ak kraak hausbesetzerinnenvideo monatsschau
20 uhr
halle - eierkohl
vertragssituation
ursprünge des besetzerinnenzeichens
alles umsturz burgsdorfstr. 7 wedding

20 uhr
offenes plenum vom infostützpunkt k36
reichenberger str 63a

montag 1.7.

19.30 uhr
infoveranstaltung
zur situation der vietnamesinnen,
mocambiquanerinnen und südafrika
nerinnen in ost-berlin
grenzenlos c/o baz oranienstr. 159
1/61

dienstag 2.7.

veranstaltung zu repression und
menschenrechtssituation in syrien
heilig-kreuz-gemeinde nostitzstr. 6/7
1/61

jeden donnerstag

frauen- lesbenabend im x-b-liebig

jeden freitag

frauen- lesbentag
infocafe nostitzstr. 49

jeden sonntag

ab 21 uhr
vokü film lagerfeuer an der wagen
burg schillingbrücke ehemaliger
grenzstreifen b.-mitte

12.juni bis 14. juli

ausstellung

500 jahre deutscher kolonialismus
noch bis 14.7.
cafe subversivc
brunnenstr. 7 b.-mitte
mi-mo ab 20 uhr
di ab 20 uhr ladies only



STADTTEILFEST
SOKAK
ŞENLIĞI
29.6.91
VAŚAR
عيد المدينة وعيد الشارع
Liebenwalder Straße
Essen + Getränke
Yiyecek + icecek
Stände + Information
Danişma + Tezgâh
STADTTEILFEST
RAT & TAT
HAFEN BLEIBT
AB: 14.00 UHR
LIVE-MUSIK
Müzik
Spiele für Kinder
Çoçuk eğlencesi
HÄLFTE DER EINNAHMEN GEHT AN ANTI-RASSISTISCHE PROJEKTE